

DRINGLICHKEITSANTRÄGE:

1) Landeshauptmann a.D. Dr. Josef Krainer, Bürgermeister a.D. Alfred Stingl – Ernennung zu Ehrenbürgern

GR. Dr. **Piffl-Percevic** stellt namens der ÖVP, SPÖ, KPÖ, FPÖ, Grüne und GR. Khull-Kholwald folgenden Dringlichkeitsantrag:

Dr. **Piffl-Percevic**: Hoher Gemeinderat! Mir kommt eine ehrenvolle Aufgabe und uns eine ehrende Aufgabe in zweierlei Sinn des Wortes zu. Im Zusammenhang mit dem Gedenk- und Bedenkjahr 60 Jahre Republik, 50 Jahre Staatsvertrag, 10 Jahre Zugehörigkeit zur Europäischen Union gibt es am 10. Mai eine Festsitzung des Gemeinderates, und in Vorbereitung dieser Festsitzung ist beabsichtigt, und ich darf im Namen aller Fraktionen, wie es der Bürgermeister ausgeführt hat, diesen dringlichen Antrag stellen, Herrn Landeshauptmann außer Dienst Dr. Josef Krainer und Herrn Bürgermeister außer Dienst Alfred Stingl zur Verleihung der Ehrenbürgerschaft durch die Stadt Graz vorzuschlagen. Die beiden Persönlichkeiten näher zu würdigen ist erstens Aufgabe des Laudators bei der Festsitzung. Der Ordnung halber erwähne ich daher nur unvollständig und kurz, dass beide Vorgeschlagenen, das wäre nicht notwendig, in unserer Landeshauptstadt das Licht der Welt erblickt haben, dass beide Vorgeschlagenen einen sehr interessanten Bildungsweg hinter sich gebracht haben, bevor sie in die Politik eingestiegen sind. Landeshauptmann Krainer war als Fulbright-Student in Georgia, er war in der John-Hopkins-Universität in Bologna. Während etwa Bürgermeister außer Dienst Stingl als Lehrling bei der Firma Leykam als Schriftsetzer begann und dann auch bei Leykam, wie gesagt, diesen Beruf ausübte. Landeshauptmann Krainer wurde Direktor, dann seine erste politische Tätigkeit des Bauernbundes. Bürgermeister außer Dienst Stingl war Bildungssekretär der steirischen SPÖ. Es kamen dann die politischen Jahre schon im jungen Leben beider vorgeschlagenen Persönlichkeiten. Landeshauptmann Krainer war nicht weniger als 25 Jahre Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung, 15 davon als Landeshauptmann. Altbürgermeister Stingl war 18 plus drei Jahre Mitglied der Stadtregierung und vorher 14 Jahre Gemeinderat. Landeshauptmann Krainer war ein besonders ausgewiesener Verfechter der aktiven Nachbarschaftspolitik noch zur Zeit des Eisernen Vorhangs, ich erwähne Arge-Alpen-

Adria und er war auch ein maßgeblicher Mentor des EU-Beitrittes Österreichs. Bürgermeister Stingl war Vizepräsident des Rates der Gemeinden und Regionen Europas sowie Gremiumsmitglied des Städtebundes im Rat für Fragen der österreichischen Integrationspolitik. Und beiden gemeinsam ist ebenso ihr beachtenswertes kulturpolitisches Engagement. Landeshauptmann Krainer war zuletzt Kulturreferent und war ein vehementer Verfechter der Idee, die dann später verwirklicht wurde, des Kunsthauses. Altbürgermeister Stingl war ebenfalls kulturpolitisch sehr aktiv. Unter seiner Bürgermeisterschaft wurde Graz zum Weltkulturerbe, durch seine Initiative auch und er war auch Vorsitzender des ORF-Kuratoriums in seiner Eigenschaft als Kulturpolitiker. Es folgte die Ernennung von Graz zur ersten europäischen Stadt der Menschenrechte unter seiner Bürgermeisterschaft und beiden gemeinsam ist auch, dass sie sich maßgeblich und ausschlaggebend für die Errichtung der Synagoge eingesetzt haben.

Ich glaube, neben dem abgeschlossenen und ausgewiesenen politischen Lebenswerk sprechen alle Gründe dafür und ich darf sie daher empfehlen und ich bin stolz hier einen gemeinsamen Antrag zu präsentieren, diese beiden Persönlichkeiten, deren Verdienste im Detail, wie gesagt, falls der Beschluss erfolgt, bei der Festsitzung gewürdigt werden, zur Verleihung der Ehrenbürgerschaft durch die Stadt Graz vorzuschlagen. Ich ersuche um Annahme (*allgemeiner Applaus*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Der Ordnung halber möchte ich noch anführen, dass es ein gemeinsamer Antrag aller Gemeinderatsmitglieder ist, neben den Fraktionen hat auch Herr Gemeinderat Khull-Kholwald unterschrieben.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

2) Osterfeuer – analysieren, diskutieren, handeln! (Die Augen nicht länger verschließen!)

GR. Univ.-Prof. Dr. **Hammer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Dr. **Hammer**: Ich stelle, sehr geehrte Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, diesen Antrag unter den Betreff „Osterfeuer – analysieren, diskutieren, handeln und die Augen dürfen nicht länger verschlossen werden.“ Neben den Grazer Parkanlagen und dem Grüngürtel leisten die Besitzer von Gartengrundstücken einen nicht unwesentlichen Beitrag bei der Bereitstellung von Grünraum in unserer Stadt. Zur Verringerung der Feinstaubbelastung durch die Osterfeuer gilt es den Betroffenen nicht nur mit Verboten und Sanktionen zu begegnen, sondern andererseits auch besonderen Dank auszusprechen für ihren unverzichtbaren Beitrag zur grünen Lunge und sind sie dementsprechend seitens der Stadt mit wirksamen Alternativangeboten bei der Entsorgung des Grünschnitts und Gartenabfalls zu unterstützen.

Seit dem es die kontinuierlichen Feinstaubmessungen gibt, gehören Karsamstag und Ostersonntag zu den Tagen mit den im Jahresvergleich höchsten Feinstaubkonzentrationen. Jährlich wiederkehrende Presseberichte und Leserbriefe in der Zeit um Ostern sowie persönliche Gespräche bestätigen, dass viele Grazerinnen und Grazer von den verantwortlichen Stellen eine Beseitigung dieser vermeidbaren Feinstaubursache einfordern und sich mit Alibimaßnahmen nicht länger zufrieden geben.

Die von der Luftgüteüberwachungsstelle des Landes Steiermark durchgeführten und allen Interessierten kostenlos zur Verfügung gestellten Messungen scheinen allerdings bisher bis außer Verwunderung bei den verantwortlichen Stadtsenatsmitgliedern keine ernsthafte Problemanalyse und keine gezielten Maßnahmen ausgelöst zu haben. Auf Verbote übergeordneter Gesetzgeber zu warten, wird angesichts der Handlungsmöglichkeiten des Umweltamtes und der Wirtschaftsbetriebe von den Grazerinnen und Grazern nicht länger akzeptiert.

Vom Umweltreferenten Vizebürgermeister Ferk wurden nun einige Maßnahmen angekündigt. Während sinnvolle Aktivitäten, die zur Verringerung von Osterfeuern beitragen, zu begrüßen sind, müssen Scheinaktivitäten, von denen keine merkliche Veränderung der Feinstaubbelastung am Osterwochenende zu erwarten ist, abgelehnt werden, da die Bevölkerung den Eindruck hat „nur Sand in die Augen gestreut zu bekommen“, um es mit den Worten einer mir persönlich bekannten Grazerin zu sagen.

Viele Menschen begrüßen die von mir seit einigen Jahren aufgestellte und nun von Vizebürgermeister Ferk ansatzweise umgesetzte Forderung, dass das Verbot der Verbrennung von feuchtem Schnittgut auch umgesetzt wird. Ich, und mit mir zahlreiche Grazerinnen und Grazer, zweifle allerdings an, ob die angekündigten Maßnahmen wie Überprüfung aller aufgestapelten Haufen durch nur acht Personen für das gesamte Stadtgebiet zu einer merklichen Reduktion der Feinstaubbelastung führen wird. Bei 3000 Feuerstellen im Grazer Stadtgebiet müsste jede der Personen täglich etwa 80 Feuerstellen überprüfen. Abgesehen davon erscheint die rechtliche Durchsetzbarkeit der Überprüfung des Brandgutes durch Privatpersonen auf Privatgrundstücken, welche die größte Zahl der Verbrennungsstätten darstellt, fraglich.

Allerdings muss unter dem Motto „besser spät als gar nicht“ der Beginn der „Osterfeuerinitiative“ begrüßt werden. Gleichzeitig muss aber auch die Wirksamkeit der für dieses Jahr angekündigten Maßnahmen genauestens evaluiert werden, um daraus Maßnahmen für die Zukunft ableiten zu können. Dafür unerlässlich ist unter anderem auch die Evaluierung der vergangenen Jahre, um als Vergleich für die diesjährigen Maßnahmen zu dienen. Aus einer derartigen Analyse müssen unverzüglich Konsequenzen für die kommenden Jahre gezogen werden, die in nichts anders als einer deutlichen Verbesserung im Vergleich zur vergangenen Jahren münden müssen.

Ich stelle daher im Namen des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen, dass die zuständigen Magistratsabteilungen

1. Analysieren, das heißt, unverzüglich die Feinstaubbelastung durch Osterfeuer, unter anderem anhand der LUIS-Daten der vergangenen Jahre unter Berücksichtigung der Wettersituation erheben und mit der Feinstaubbelastung des diesjährigen Osterwochenendes vergleichen;
2. Diskutieren, das heißt, einen Bericht über die Ergebnisse der Analyse mit einer Beurteilung der in diesem Jahr gesetzten Maßnahmen bis Juni dem Ausschuss für Umwelt und Katastrophenschutz und dem Gemeinderat zur Diskussion vorlegen;
3. Handeln, das heißt, auf der Basis der Analyse und der Diskussion bis Oktober 2005 dem Ausschuss für Umwelt und Katastrophenschutz und dem Gemeinderat Maßnahmen zur Reduktion der Feinstaubbelastung durch Osterfeuer vorlegen;
4. eine Petition an den zuständigen Bundesgesetzgeber mit dem Ersuchen verfassen, das Verfahren zur Erlassung einer zufriedenstellenden Regelung für derartige Umweltbelastungen so rasch wie möglich durchzuführen und abzuschließen und
5. mit der Erarbeitung eines Maßnahmenpakets beauftragt werden, das sich mit allen Alternativen zur Verbrennung von Grünschnitt und anderen Gartenabfällen, wie Entsorgungs-, Kompostierungsmöglichkeiten und dergleichen, befasst und dessen umweltschutzrelevante sowie finanzielle Auswirkungen bewertet (*Applaus ÖVP*).

3) Osterfeuer

GR. Mag. **Candussi** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Candussi**: Joachim Ringelnatz reimt irgendwo in einem netten Gedicht, „wenn der Osterhase hinten auch schon presst, dann kommt bald das Osterfest.“ Wir können auch sagen, wenn es im Stadtgebiet stinkt und qualmt, dann ist Ostern vor der Tür. Lieber Heinz, danke für deinen Antrag. Eine Anmerkung sei erlaubt zu

deiner Aufforderung, analysieren, diskutieren, handeln könnte man auch noch dazufügen, wenn du dich erinnert hättest, dass wir letzte Woche im Gemeindeumweltausschuss eigentlich vereinbart gehabt haben, dass ich einen Antrag vorbereite, den ausschicke und dann hätten wir es mit einem Antrag geschafft. Die Wettersituation macht es möglich, dass wir heuer mit etwas weniger Osterfeuern zu rechnen haben, ich als Gartenbesitzer und Gärtner habe auch noch keinen Grünschnitt beinand, den ich natürlich nicht verheizt hätte, sondern gehäckselt, aber ich habe nicht einmal zum Häckseln zur Zeit noch etwas, deswegen haben wir insgesamt vielleicht Zeit. Werte Kolleginnen und Kollegen! Der in der Steiermark weit verbreitete Brauch des Osterfeuers, also der symbolischen Überwindung des Winters durch das Abheizen diverser, brennbarer Materialien, ist mit dem gestiegenen Problembewusstsein in Sachen Feinstaub/PM 10 nicht mehr nur romantisierend zu beurteilen.

Extreme Messwerte, die den zulässigen Tagesmittelwert um ein Vielfaches überschreiten, haben in Verbindung mit wissenschaftlichen Erkenntnissen über die Auswirkungen von PM10 auf den menschlichen Organismus dazu geführt, dass vielerorts Handlungsbedarf erkannt wurde, dass der gängigen Praxis der exzessiven österlichen pyrotechnischen Gartenabfall-Entsorgung Einhalt geboten werden muss.

Derzeit geltende Ausnahmebestimmungen für so genannte Brauchtumsfeuer sind in mehrfacher Hinsicht problematisch. Einerseits wirken sie kontraproduktiv zu den Bemühungen, GartenbesitzerInnen die ökologisch sinnvollere Entsorgung von Gartenabfällen per Papiersack, Anlieferung bei der AEVG oder durch Häckselung vor Ort schmackhaft zu machen, andererseits ist allein durch die große Zahl an Feuerstellen eine effiziente Kontrolle des Brennmaterials nicht möglich. Insbesondere die Osterfeuer sind hier als problematisch anzusehen, da der Karsamstag in die üblicherweise stark PM10-belastete Zeit fällt.

Daher erscheint es mir als Antragsteller angebracht, eine Änderung der derzeit gültigen gesetzlichen Regelungen herbeizuführen, die einerseits dem verständlichen Wunsch nach österlichem Brauchtum nicht völlig widerspricht und dennoch dem nunmehr geltenden Bewusstseinsstand bezüglich der Belastung durch Luft-Schadstoffe gerecht wird.

Angedacht wird, das generelle Verbot der Verbrennung biogener Materialien außerhalb von Anlagen, so heißt der Gesetzestext des Landes, innerhalb der gemäß IGL als Sanierungsgebiet ausgewiesenen Zone „Großraum Graz“, auch während der Osterfeiertage aufrecht zu halten, also den Erlass der Steiermärkischen Landesregierung zur Durchführung von Brauchtumsfeuern während der Gültigkeitsdauer der so genannten „Feinstaub-Verordnung“ des Landes Steiermark außer Kraft zu setzen.

Um dennoch in wesentlich reduziertem Ausmaß „österliche Brauchtumsfeuer“ möglich zu machen, sollen Bestimmungen erarbeitet werden, denen zu Folge jeweils einzeln bei der Behörde zu beantragende Feuer mit klaren und kontrollierbaren Auflagen und in beschränkter Zahl genehmigt werden können. Ich stelle mir also vor, dass man sagt, pro Bezirk so und so viel Feuer kann man genehmigen und dann sollen die Gastwirte, die Landwirte, die das bis jetzt machen, sollen ganz klar mit den Auflagen vertraut werden und es können sich dann dort die Anrainer zusammensetzen und so, wie ich das auch tue, bei einem benachbarten Bauern dann ein gutes vorösterliches Bier trinken.

Als begleitende Maßnahmen erscheint es sinnvoll, die bestehenden Möglichkeiten der nicht thermischen Entsorgung von Gartenabfällen verstärkt bekannt zu machen sowie zu prüfen, inwieweit ein ergänzendes Modell der Grünschnitt-Entsorgung in Kooperation mit ortsansässigen Landwirten von der Stadt Graz organisiert und unterstützt werden kann. In Ansätzen ist so etwas im letzten Jahr auf Grund der Witterung in Mariatrost, meines Wissens, angedacht worden und es wird heuer, das kann ich auch sagen, im Bezirk Ries auf meine Initiative mit ein paar Bauern auch den Versuch geben, so etwas wie eine flächendeckende Grünschnittentsorgung durch die Landwirte zu machen und zu schauen, was kostet das dann im Endeffekt. Wird es tatsächlich angenommen und inwieweit sollte die Stadt Graz das nicht ins Angebot hineinnehmen. Ich denke, es wäre eine gute Nebeneinnahmequelle für die Landwirtschaft, insofern wäre der Stadtrat Buchmann, der für die Landwirtschaft zuständig ist, da angesprochen, einmal mit den Vertretern der Landwirtschaft zu verhandeln und zu schauen, ob man da gemeinsam etwas auf die Füße stellen kann.

In diesem Sinne stelle ich namens der Gemeinderats-Fraktionen der Grazer Grünen den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

1. Die zuständigen Stellen des Magistrats werden beauftragt, die Möglichkeiten einer Änderung der bestehenden Rechtslage zur Thematik der „Brauchtumsfeier“ im Sinne des Motivenberichts zu prüfen und das Ergebnis dieser Überlegungen dem Gemeinde-Umwelt-Ausschuss bis Juli zur Beratung vorzulegen, schön wäre es, wenn wir in der letzten Sitzung vor der Sommerpause im Gemeinderat das dann auch so beschließen könnten.
2. Die zuständigen Stadtsenatsreferenten werden beauftragt, entsprechend dem Motivenbericht Maßnahmen zur besseren Information der Bevölkerung über die bestehenden Angebote der Grünschnitt-Sammlung beziehungsweise Entsorgung sowie über die Möglichkeiten, zusätzliche Sammel-Angebote in Kooperation mit Landwirten aus dem Grazer Raum zu organisieren, zu prüfen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Bgm.-Stv. **Ferk** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Bürgermeister! Ich glaube, dieses Bild ist das sympathischere zu Ostern und im Vorfeld von Ostern. Sie werden auf der einen Seite nicht überrascht sein, wenn ich ein paar Bemerkungen zu diesem, wie ich glaube, wichtigen Thema machen möchte. Vorweg ist klar selbstverständlich wird die sozialdemokratische Fraktion diese beiden dringlichen Anträge auch mittragen. Sie haben ja davon gesprochen, dass es im Sinne, vielleicht nicht ganz so deutlich, aber im Sinne der Gesundheit der Grazer Bevölkerung und schon auf Grund unserer Feinstaubbelastung in den Wintermonaten Kessellage, die wir haben, Problematik der Luftsituation, dass es Handlungsbedarf gibt. Ich kann aber nur verweisen, dass ich nicht nur auf Grund der aktuellen Diskussion diese Handlung als Umweltreferent gesetzt haben. Schon im Vorjahr habe ich sehr eingehend umfassende Maßnahmen sowohl in der Abfallwirtschaft aber auch im Bereich des Umweltamtes eingeläutet. Daraus ist ja auch letztendlich die Initiative entstanden, die politische in diesem Hause, wo wir an den Bundesgesetzgeber schon längst herangetreten sind, nämlich, das

Immissionsschutzgesetz Luft und da den Passus im Zusammenhang mit Brauchtumsfeuern insofern zu verändern, dass es auch möglich sein soll, über Verordnungswege auch der Frau Landeshauptmann in dem Sinn oder der Landeshauptmänner die Möglichkeit des Verbotes einzuräumen für luftbelastete Gebiete, das ist ja nicht nur der Großraum Graz. Und wenn wir über das Brauchtumsfeuer, und diesen Beschluss haben wir gefasst, und, Herr Gemeinderat Candussi, im Übrigen bin ich jetzt nicht pitzelig und gehe auf jeden Antrag, auch beim Kollegen Hammer nicht ein, in Wirklichkeit, sie waren nämlich zu dem Zeitpunkt krank, haben wir bereits im Gemeinderat im Jänner nochmals sehr deutlich im Punkt 11 der Petition an den Bundesgesetzgeber zum Thema Brauchtumsfeuer natürlich auch Stellung bezogen. Wir wissen jetzt ganz genau, dass diese Novelle in Begutachtung ist seit Dezember und es liegt nicht daran, dass sie noch nicht umgesetzt und beschlossen ist, weil es noch in Diskussion um das Brauchtumsfeuer ist, sondern es sind andere Punkte in dieser Novelle noch nicht ausdiskutiert. Das heißt, ich haben alle notwendigen Maßnahmen eingeleitet und Sie haben sie ja auch mitbeschlossen, Gott sei Dank, die uns die Möglichkeit einräumen, ein derartiges Verbot auszusprechen. Wenn wir wissen, dass am Ostersonntag die Feinstaubbelastung, nämlich das wissen wir ja schon, also ich könnte es beim nächsten Gemeinderat Ihnen ganz deutlich vorlegen, was nämlich auch gefordert wird bis zum Sommer, wir brauchen nichts analysieren, wir wissen, in den letzten Jahren ist die Belastung auch über 800 Mykrogramm angestiegen. Jetzt wissen wir, dass wir schon so unzufrieden sind, wenn in Wintermonaten mehr als oft 200 Mykrogramm Belastung im Stadtgebiet an manchen Tagen vorhanden sind, dann ist das natürlich, wenn man so will, ein gesundheitlicher Wahnsinn, was sich da abspielt. Wir wissen auch, dass das Brauchtumsfeuer etwas Besonderes ist, und es ist durchaus richtig anzudenken, da und dort künftig bei entsprechenden Anträgen diese auch zu genehmigen. Aber wir haben jetzt schon die Möglichkeit, erstens ganz klar der Bevölkerung zu sagen, deswegen habe ich das auch wirklich wahrgenommen in meiner persönlichen Ressortzuständigkeit zu appellieren auf die Eigenverantwortung und mitzuteilen, dass auch jetzt die Möglichkeit besteht zu bestrafen, wenn feuchtes biogenes Material abgeheizt wird, ganz klar, das konnten wir jetzt schon, das ist die Gesetzeslage und aus diesem Grund bin ich nur dankbar, dass die Mitarbeiter der Berg- und Naturwacht im Grazer Raum unterwegs sind, wie eigentlich schon in den vergangenen Jahren. Aber auf Grund auch der Vereinbarung mit mir als

Umweltreferent ganz besonders in den nächsten Tagen unterwegs sind und sie sind ja nicht nur acht Personen, meine Damen und Herren, Herr Kollege Hammer, die sind ja viel mehr im Stadtgebiet. Und sie werden dann die Möglichkeit haben, a) einmal zu beraten und b) natürlich sowohl zu ermahnen oder wenn sie wollen, auch Anzeigen zu machen. Das muss man schon auch sagen, es geht über das Maß des Appells und der Eigenverantwortung hinaus, dann wenn wir Befürchtungen haben müssen, dass die Gesundheit der Bevölkerung auf das Ärgste durch ein derartiges Osterfeuer beeinträchtigt wird. Und warum sage ich das? Weil wir im Grazer Raum 3.000 solcher Osterfeuer haben. Es ist ein Unterschied, ob ich ein Osterfeuer in Hitzendorf veranstalte, wo die Luftsituation besser ist, oder ob ich es im Ennstal mache oder im Grazer Raum, das ist ganz klar und daher ist das eine große Verantwortung des Gemeinderates, ich bedanke mich auch beim Herrn Bürgermeister, der natürlich hier genau diese Form mitträgt. Das ist wichtig und was wir brauchen ist natürlich auch die schnelle Möglichkeit. Und da komme ich auf einen sehr wichtigen Punkt, weil da schon vieles angeboten wird. In den letzten Jahren, sowohl von mir als auch in der Periode 1998 bis 2003 initiiert und geschaffen und jetzt als Umweltreferent und Wirtschaftsreferent fortgesetzt, dass wir die Möglichkeit haben, zum Beispiel auch den Grünschnitt nicht nur vor Ort abzuholen, Gott sei Dank gibt es in Graz für jeden Haushalt die braune Tonne, es besteht auch die Möglichkeit, sowohl in den Bezirksämtern als auch in der Firma Saubermacher als auch im Wirtschaftshof und in unseren Stützpunkten entsprechende Biosäcke zu erwerben 1,20 Euro kostet ein derartiger Sack, um den Grünschnitt auch entsorgen zu lassen, es besteht zweitens die hervorragende Möglichkeit, ein wunderbares Projekt der Stadt Graz, nämlich die Firma Ökoservice, auch für diese Tätigkeiten zu benützen, die Firma Ökoservice verrechnet die erste halbe Stunde nicht und es ist gerade für kleinere Flächen durchaus möglich, diese Firma anzufordern, auch die Preisgestaltung ist für jede Frau und jeden Mann erschwinglich und natürlich gibt es die Möglichkeit für alle, die mobil sind, in der Sturzgasse bei der AEVG den entsprechenden Grünschnitt hinzutransportieren, abzuliefern, wo bis 150 Kilogramm das ebenfalls gratis ist, also die Kosten sind hier ebenso gering und wer das nicht hat, weil er nicht mehr mobil ist, der kann auch einen entsprechenden Lkw über die AEVG anfordern, Kostenpunkt für einen Siebentonner, und da geht sehr viel hinein, da kann man sich auch zusammenschließen, 60 Euro. Das heißt, das was wir jetzt anbieten ist schon sehr viel und durch die Diskussion bin ich überzeugt, fällt uns

noch manches ein. Ich habe das schon vernommen, der Zusammenschluss ist in Ordnung, Herr Gemeinderat, das finde ich toll, auch Landwirte hier einzubinden, um die bestmögliche Entsorgung im Frühjahr zu machen und wenn Sie so wollen, die Luft zu schonen. In diesem Sinn sind diese Anträge heute sehr gute Anträge. Eigentlich sind sie eine starke Unterstützung für unseren Gedanken der Lebensqualität und der besseren Luft in unserer Landeshauptstadt (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Zur Dringlichkeit Frau Stadträtin Monogioudis. Entschuldigung, das ist leider nicht möglich, nachdem es von euch einen dringlichen Antrag gibt.

StRin. **Monogioudis**: Ich möchte nur eine Berichtigung anbringen. So wichtig es mir als Gesundheitsstadträtin ist, dass in diesem Punkt Verbesserungen erzielt werden können, muss ich insofern eine Berichtigung anbringen, der Herr Gemeinderat Prof. Hammer hat in seinem Motivenbericht auch die Wirtschaftsbetriebe als zuständige Stelle genannt. Die Wirtschaftsbetriebe haben nach der Geschäftseinteilung hier keine Zuständigkeit.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. Dr. **Hammer**: Danke für die breite Unterstützung, die ich für meinen und Hermanns Antrag hier sehe. Hermann, ich habe dir natürlich vertraut, dass, was wir gemeinsam diskutiert und beschlossen haben im Gemeindeumweltausschuss, dass du das in einem Antrag in deiner exzellenten Art und Weise, wie du das immer tust, formulierst. Es hat sich eben nur aus diesen Ankündigungen des Umweltamtes....

Zwischenruf unverständlich.

Dr. **Hammer**: Der Herr Klubobmann wird schon besorgt...

Zwischenruf GR. Mag. Candussi: Und ich werde schon ganz rot.

Dr. **Hammer**: ...und du wirst schon ganz rot. Ich habe nur auf eine Presseaussendung, die eben am Mittwoch in der Presse war, reagiert, wobei ich nur die Sorge habe, dass auf Grund der Erfahrung, die wir Herrn Bezirksvorsteher Wurzinger aus Mariatrost zu verdanken haben anlässlich seiner vorjährigen Sammelaktion, dass möglicherweise diese Sammelaktionen nicht reichen, denn das was beim Wurzinger im Rahmen der Sammelaktion war, das waren durchschnittlich 120 Gartenbesitzer, die haben an dieser Sammelaktion teilgenommen und die durchschnittlich gesammelte Menge waren 800 Kilogramm. Und wenn man sich diese 800 Kilogramm anschaut, dann müsste ich, wenn ich die Gratisablagerung in der Sturzgasse beachte von 150 Kilo pro Tag, müsste ich 150 Kilo an sechs aufeinander folgenden Tagen mit meinem Fahrzeug hinunterbringen, sofern ich überhaupt 150 Kilo in meinem Auto transportieren kann. Die Sammelsäcke, die vielleicht 100 und 150 Liter Fassungsvermögen haben, sind für diese großen Mengen auch keine Alternative und ein Häcklerdienst vor Ort führt zu einer unzumutbaren Lärmbelastung. Das waren meine Sorgen, die ich da gehabt habe. Ich gehe auch davon aus und das sehe ich einfach in meinem Freundes- und Bekanntenkreis, dass jene, die kleinere Gärten haben und die unter diesen Mengen bleiben, ja schon jetzt die braunen Tonnen nutzen, auch einmal einen Sack dazukaufen oder auch einmal das in die Sturzgasse führen. Es geht aber um jene, zum Beispiel allein in Mariatrost, 120 Gartenbesitzer, die ein durchschnittliches Volumen von 800 Kilo zusammenbringen und das führt dann auch zu einer entsprechenden Staubbelastung. Das war dann auch der Grund der Aktualität und warum ich eben

zusätzlich diesen Antrag gemacht habe. Aber ich bedanke mich für die angekündigte Unterstützung (Applaus ÖVP).

Mag. **Candussi**: Ich bedanke mich auch für die Unterstützung und wünsche allen Wohlmeinenden auch fröhliche Ostern (*allgemeiner Applaus*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

4) Menschen sind keine Ersatzteillager

GR. Univ.-Prof. Dr. **Hammer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Dr. **Hammer**: Sehr geehrte Damen und Herren! Zum zweiten Teil dieses Paarlaufens. Menschen sind keine Ersatzteillager. In einer Zeit, sehr geehrte Damen und Herren, in der den Konsumenten über die Werbung suggeriert wird, dass angeblich Geiz geil sei und nicht etwa die Spende für Menschen, die hier vor Ort hilfsbedürftig sind oder in fernen Ländern Opfer von Kriegshandlungen oder Naturkatastrophen werden, und in einer Zeit, in der Egoismus so salonfähig wird, dass nicht nur Getränkehersteller und Thermen damit Kunden gewinnen wollen, sondern sogar, sehr geehrte Damen und Herren, man stelle es sich vor, ein steirischer Privatversicherungsträger mit Ego auf Kundenfang geht, wird eine bisher nicht für möglich gehaltene Werbebotschaft im Grazer Stadtgebiet von vielen Grazerinnen und Grazern mit großem Entsetzen wahrgenommen.

In dieser Werbebotschaft wird der menschliche Kopf als austauschbares, käuflich erwerbbares Gut dargestellt. Hinzu kommt, dass auf diesem Werbeplakat der Kopf einer Frau einer anderen ethnischen Gruppe dargestellt ist, die in Europa eine Minderheit darstellt, und die weltweit zu den nicht privilegierten Bevölkerungsgruppen

zählt. Diese frauenfeindliche Werbebotschaft, die suggeriert, dass Menschen Ersatzteillager seien, bekommt vor dem bekannten Hintergrund des Organhandels und des Kindesraubes, speziell in den Entwicklungsländern und Schwellenländern, besondere Brisanz und darf daher vor diesem Hintergrund nicht als Fiktion, sondern muss als Überzeichnung der Realität angesehen werden.

Die Stadt Graz ist Menschenrechtsstadt!

Ich stelle daher namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen, dass

1. die Stadtregierung in einer Resolution und öffentlichen Stellungnahme unter Hinweis auf die Titulierung der Stadt Graz als Menschenrechtsstadt jede Form der diskriminierenden und die Menschenwürde missachtenden Werbung auf das Schärfste ablehnt, und
2. die Möglichkeit überprüft, die Darstellung diskriminierender Inhalte auf im Stadtgebiet öffentlich sichtbaren Werbeträgern zu untersagen (*Applaus ÖVP*).

5) Richtlinien für die Werbung auf Flächen der indirekt im Besitz der Staet Graz befindlichen Firma Ankünder

GRin. **Rücker** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Rücker**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Stadtregierung! Offensichtlich ist dieses Plakat, um das es heute geht beziehungsweise das den Anlass bildet für die zwei Anträge, doch vielen Menschen aufgefallen, sonst würden nicht gleich zwei Anträge dazu da sein. Unser dringlicher Antrag geht in die Richtung, was man als Stadt auch ganz konkret umsetzen kann als ersten Schritt, um in Zukunft solche Darstellungen im Stadtgebiet zumindest zu vermindern. Also der

Antrag betrifft Richtlinien für die Werbung auf Flächen, die eben indirekt im Besitz der Stadt stehen, dadurch, dass sie die Firma Ankünder betreibt. Das Beispiel einer derzeit in Graz laufenden Werbekampagne für einen neu niedergelassenen Handelsbetrieb zeigt, dass einigen jedes Mittel recht zu sein scheint, um Aufmerksamkeit zu erregen. Ich denke, wir wissen alle, von welcher Werbekampagne die Rede ist. Es geht um einen hellhäutigen Frauenkörper, auf dem ein dunkelhäutiger Frauenkopf sehr brutal aufgenäht ist und der zum Verkauf angepriesen wird. Das ist eben nicht nur geschmacklos, sondern darüber hinaus auch eine in höchstem Maße eine Menschen verachtende Darstellungsweise. Und aus unserer Sicht bahnt sich da Sexismus und Rassismus und Menschenverachtung in einer sehr unwürdigen Form an. Das bedeutet eine mehrfache Diskriminierung, ich werde jetzt keine Vorlesung drüber halten, was Sexismus und Rassismus ist, aber es wird leider dadurch, dass in den letzten Jahren so eine starke Ästhetizismusdebatte angefangen hat über die Darstellung von weiblichen Körpern im öffentliche Raum, leider das Thema Sexismus kaum mehr öffentlich debattiert, aber es geht bei Sexismus und Rassismus um eine klare, einseitige Verächtlichmachung und Entwertung und das muss auch wieder einmal klar gesagt werden und deswegen verwende ich auch Begriffe wie Sexismus und Rassismus.

Es scheint eben nicht mehr „modern“ zu sein, über Sexismus zu diskutieren, aber Sexismus und Rassismus nennen einseitige Unterdrückung beim Namen. Solche Botschaften, die bewirken eben etwas, ob man sich dagegen wehrt oder nicht, aber in unseren Köpfen werden Bilder aufrecht erhalten beziehungsweise verstärkt und hier geht es um ein entsprechend entwertendes Frauen- beziehungsweise Menschenbild. Weder als Frau noch als Mann müssen wir uns das gefallen lassen und schon gar nicht, wenn es auf Flächen stattfindet, die eigentlich indirekt zumindest im Eigentum der Öffentlichkeit stehen. Die Firma „Ankünder“, eine Tochter der Grazer Stadtwerke, vermietet ihre Werbeflächen zwar wiederum an Dritte, die eigentlich verantwortlich sind für ihre Sujets, aber das heißt nicht, dass nicht auch die Vermieterin mitverantwortlich ist, was auf ihren Werbeflächen geschieht. Und, da gehe ich jetzt auch auf das Anliegen ein, dass gerade in Graz als Stadt der Menschenrechte, dass eben hier auch vorgeprescht werden kann, das kann sich diese Stadt leisten, es gibt zwar den Werberat, das wissen wir alle, es gibt auch die Möglichkeit, beim Werberat Beschwerde einzulegen, das geht aber nur, wenn ich

Beschwerde einlege, das heißt, der Werberat wird von sich aus nicht aktiv, wenn solche Darstellungen stattfinden und nicht immer kommt man dabei auch auf einen grünen Zweig. Deswegen fordern wir, dass die Grazer Stadtregierung, der Grazer Gemeinderat von sich aus aktiv wird. Um Wiederholungen derartiger Übergriffe raschest zu unterbinden, stelle ich im Namen der Grünen – ALG folgenden

dringlichen Antrag:

- 1) Die EigentümervereinerInnen der Stadt Graz werden beauftragt, an den Aufsichtsrat und den Vorstand der Grazer Stadtwerke AG mit folgendem nachdrücklichen Ersuchen heranzutreten:
 - 1.1. die Firma Ankünder möge beauftragt werden, ihre AGB, das sind die Allgemeinen Geschäftsbedingungen dahingehend zu adaptieren, dass Aufträge für Werbung mit Menschenunwürdigen, rassistischen und sexistischen Inhalten nicht angenommen werden beziehungsweise auch das Recht besteht von solchen bereits angenommenen Aufträgen zurückzutreten, wenn Form und Inhalt des Plakates bei Auftragsannahme unbekannt waren. Ich möchte jetzt ausdrücklich darauf hinweisen, dass das ein erster wichtiger Schritt ist und ich weiß, dass viele andere Firmen in Graz auch Werbeflächen vermieten, aber das ist so der direkteste Einflussbereich der Stadt Graz und das ist ein erster Schritt. Das Ziel wäre natürlich, dass in ganz Graz klar ist, dass solche Darstellungen nicht erwünscht sind und da muss man sich auch etwas überlegen, wie die Stadt da an diese Firmen herantreten kann, was natürlich bei einem Eigentümerverhältnis eine andere Möglichkeit bietet.
 - 1.2. Zum Punkt 1): Zum Zweck dieser Definition der Richtlinien, nach welchen Kriterien dann entschieden wird, was ist sexistisch und rassistisch, sollte man wirklich auch ExpertInnen beiziehen, dazu gibt es eine alte und eine sehr fundierte Debatte und da sollte man auch ExpertInnen beiziehen, um diese Richtlinien auch nachvollziehbar zu machen und nicht wieder Richtlinien zu haben, die dann womöglich deswegen nicht zum Tragen kommen, weil alle sagen, die sind nicht praktikierbar.

2. Zweitens wünschen wir uns, dass die EigentümerInnenvertreter dazu beauftragt werden, dem Gemeinderat über die Ergebnisse dann auch Bericht zu erstatten. In diesem Sinne stelle ich den dringlichen Antrag und hoffe um eure, um Ihre Unterstützung (*Applaus KPÖ und Teile SPÖ*).

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Die sozialdemokratische Fraktion wird der Dringlichkeit beider Dringlicher, sowohl der Dringlichkeit wegen als auch dem Inhalt ihre Zustimmung geben. Prof. Hammer, Heinz, deiner ist ja sehr allgemein gefasst, du beziehst dich ja sozusagen vom medizinischen Hintergrund ausgehend ja geradezu philosophisch oder zumindest wirtschaftskritisch oder, wie man sagen will, auch durchaus zeitaktuell mit einer Fülle von Botschaften, die du in diesem Dringlichen verpackt hast, der sich aber etwas sozusagen im Allgemeinen hält. Lisa Rücker wiederum ausgehend, weil sie es erwähnt hat, wir erinnern uns alle an den letzten Gemeinderatswahlkampf und auch Werbebotschaften, hatten ja die Diskussion hier auch in der Frage, quasi einen Ethikrat einzuberufen und mit Expertinnen und Experten zu benennen, um bestimmte Botschaften, die da affiziert werden, wirklich im Vorfeld schon prüfen zu lassen und deswegen finde ich Lisas Ansatz in Bezug auf die Frage des rassistischen und sexistischen Hintergrundes einen sehr wesentlichen. Ich verweise nur darauf, dass es auch schon jetzt die Möglichkeit gibt für kritische Konsumenten, MandatarInnen und Sonstige beim Österreichischen Werberat online Beschwerden einbringen zu können, also unter www.werberat.at besteht die Möglichkeit. Der Österreichische Werberat hat den Auftrag und zwar auch mittels europäischer Kontrolle, Fehlentwicklungen, Missbräuche in der Werbung zu korrigieren und sowohl Konsumenten als auch verantwortungsbewusste Werbeunternehmen damit zu unterstützen. Es geht um so genannte Selbstbeschränkungsrichtlinien, die verhindern sollen, dass diskriminierende, die Würde des Menschen verletzende oder irreführende Werbemaßnahmen gesetzt werden. Insofern halte ich die Initiative des Gemeinderates, wenn es jetzt zu Beschlüssen kommt, mehrheitlich oder einstimmig, für diese zwei Dringlichen für wesentlich, aber ich ersuche auch, schon selber initiativ zu werden, jede Botschaft, die uns stört, die uns trifft, die uns verletzt, die uns weh tut sollte schon jetzt auch beim Österreichischen Werberat im Interesse der

konstruktiven Werbeunternehmen und im Interesse der Konsumentinnen und Konsumenten in Österreich schon jetzt angezeigt und zumindest zur Anzeige gebracht werden. In diesem Sinne unterstützen wir diese Initiativen heute (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Felbinger**: Meine Damen und Herren! Wir werden der Dringlichkeit und den Inhalten der beiden Anträge zustimmen. Es handelt sich bei diesem Motiv um eine würdelose Darstellung des menschlichen Lebens. Was wir auf den Plakatwänden sehen, ist diskriminierend und Menschen verachtend. Wie auch schon vorher erwähnt wurde, Graz ist Menschenrechtsstadt und sollte sich von solchen Werbepraktiken distanzieren können. Es ist schon klar, Werbung hat immer mit Auffallen zu tun, das ist auch vollkommen in Ordnung, aber hierbei handelt es sich um eine Grenzüberschreitung. Mich hat diese Werbelinie persönlich sehr betroffen gemacht, ich habe meinen Unmut auch in Form von Leserbriefen kundgetan. Ich richte an Sie alle den Appell, zeigen Sie Zivilcourage, setzen Sie ein Zeichen, damit solche Motive wieder von unseren Plakatwänden verschwinden. Danke (*Applaus SPÖ und KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Dr. **Hammer**: Danke für die angekündigte Unterstützung, danke Karl-Heinz für deinen Hinweis. Der Hinweis speziell auf den Werberat, da habe ich jetzt gerade mit der Lisa besprochen, ob das technisch möglich ist, dass wir meinen Antrag, ersten Punkt, wo es um die Resolution und öffentliche Stellungnahme geht, auch erweitern, dass wir eine derartige Stellungnahme auch als Stadt Graz, als Menschenrechtsstadt, dem Werberat gegenüber abgeben. Das würde ich als Ergänzung vorschlagen. Und sonst ist es halt, steter Tropfen höhlt den Stein, so wie der Karl-Heinz gesagt hat, das ist beinahe philosophisch, wie ich das formuliert habe. Es ist, steter Tropfen höhlt den Stein, es beginnt mit dem Geiz, es geht über den

Egoismus, es endet bei diesen Plakaten, vorerst endet es einmal bei diesen Plakaten und wenn man irgendwann nicht beginnt, mit diesen Tropfen auszuhöhlen, dann hat man plötzlich ein Loch im Stein. Ähnliches macht man ja erfolgreich schon, und zwar hat es die Lisa auch gesagt mit den Frauen und dem Sexismus, auch da gilt, steter Tropfen höhlt den Stein, und wenn jeder Tropfen an sich auch nur minimal klein, unbedeutend scheint, so darf man nicht dahinter das Rinnsal übersehen, dass dann irgendwann das Loch in den Stein macht und das müssen wir verhindern. Danke für die Unterstützung (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Rücker**: Ich brauche da jetzt nicht mehr viel dazufügen, ich sage danke für die Einstimmigkeit und denke, es ist ein deutliches Zeichen, das notwendig ist. Danke (*Applaus KPÖ und Grüne*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf auch gleich diese Zusatzformulierung als Zusatzantrag hinzufügen.

Der Zusatzantrag wurde einstimmig angenommen.

6) Petition – Stadtautobahn ohne Vignettenmaut

GR. **Mayr** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Mayr**: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Viele Studien über die mittelfristige Verkehrsentwicklung prognostizieren eine weitere massive Zunahme des motorisierten Individualverkehrs. Trotz der Bemühungen der Stadt Graz hinsichtlich des Ausbaus und der Attraktivierung des Öffentlichen Verkehrsmittelnetzes und des Radwegenetzes, aber dennoch, Druck auf das Grazer Straßennetz, dessen Kapazitätsgrenzen bereits deutlich überschritten sind, wird weiter zunehmen.

Im höherrangigen Straßennetz der Stadt Graz können die Autobahnstücke im Nahbereich des Stadtgebietes einen wichtigen Beitrag zur Entlastung innerstädtischer Verbindungen beitragen. Leider werden allerdings viele von der Benützung der Autobahn im Stadtbereich durch die Bemaution, durch die Vignettenpflicht abgehalten, wenn Sie wegen seltener Autobahnnutzung über keine Jahres-Vignette verfügen und Wochen- oder Monatsvignetten nur für Urlaubsfahrten oder Ähnliches beschaffen und nicht für den, zum Beispiel, Einkaufsweg innerhalb der Stadt. Das führt zu einer deutlichen Mehrbelastung des innerstädtischen Straßennetzes mit den äußerst negativen Auswirkungen durch den Umgehungs- und Schleichwegverkehr auf die BewohnerInnen dieser Straßenzüge. Diese Auswirkungen gelten im einem noch viel größeren Ausmaß noch für den Lkw-Verkehr.

Ich stelle daher im Namen der ÖVP-Gemeinderatsfraktion den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat der Stadt Graz möge eine Petition an den Bundesgesetzgeber mit folgendem Inhalt beschließen:

Die Bemaution folgender Autobahnteilstücke im Nahbereich der Stadt Graz soll aufgehoben oder für diese Autobahnteilstücke ein preislich attraktives Sondermodell geschaffen werden. Es geht hier im Speziellen natürlich um den Autobahnzubringer A2Z, darüber hinaus um das Autobahnteilstück der A 9 zwischen Graz-Nord/Gratkorn und dem Knoten Graz-West und um das Autobahnteilstück A2 zwischen den Autobahnknoten Graz-West und Graz-Ost.

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir neigen ja in unserem Gemeinderat hier von Sitzung zu Sitzung uns mehr und mehr auf den Petitionswege zu befinden. Ich habe ja nichts dagegen, ich habe es dem Kollegen Peter Mayr gesagt, es ist gut und schön, wir machen ja Petitionen, ich sage es ja selbstkritisch, Frau Maxie. Wir tun uns ja überall und allgemein mit Petitionen behelfen, aber sie werden ja sozusagen, wir wissen ja eh, wie meistens damit umgegangen wird. Ich habe es dem Peter Mayr schon gesagt, wir werden uns nicht dagegenstellen. Ich halte es aber auch nicht für eine schnell realisierbare Geschichte. Vor allem, wenn ich denke, dass wir einmal ein Diskussionsstück gehabt haben, ich glaube, den Autobahnstumpf, den man von der ASFINAG rückerlösen hätte müssen, sollen oder was, kann ich mich noch fern erinnern, das wäre auch nicht günstig und billig gewesen. Ich sage nur, ich warte auf die Gegenrechnung der ASFINAG, was sie uns in Aussicht zu stellen hat. Ich weiß schon, dass Salzburg sich auch bemüht im gleich gelagerten Fall, dass sich die Stadt Wien bemüht, um die Süd-Ost-Tangente und vieles andere mehr. Es geht sicher um Beweggründe von Personen, die im innerstädtischen Raum von Nord nach Süd oder Ost und West zirkulieren müssen aus beruflichen Gründen und diese Mitnutzung haben hätten wollen, weil es ja auch kostengünstig ist und auch sozusagen nicht einen Mehrerlös beinhaltet. Also insofern werden wir uns als SPÖ nicht dagegenstellen, nur die Fragen werden sich halt nicht verhindern lassen dann zu stellen, wenn die ASFINAG, sollte sie vielleicht doch antworten wollen, wie es mit den Kosten dann steht und wie die Gegenverrechnung ist, in welchen Alternativen die hier angesprochen werden, preislich attraktiv, dann die Stadt wieder ein Stücklerl beizutragen hätte, hätte ich dann auch gerne gewusst, weil umsonst wird das alles nicht sein. Und in dem Sinne befördern wir das mit auf den Weg nach Wien, viel Hoffnung habe ich dennoch nicht (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Kahr**: (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*) Die KPÖ wird der Dringlichkeit zustimmen.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8) Beschäftigungsfördernde Maßnahmen

GR. **Eichberger** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Eichberger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Mein dringlicher Antrag beschäftigt sich mit der leider etwas drastischen Situation am hiesigen Arbeitsmarkt, und wie Ihnen sicherlich nicht entgangen ist und die Zeitungen in den letzten Tagen und sonstige Medien waren auch entsprechend leider voll und brachten es zum Teil auch auf den Titelseiten. Dass dieser dramatische Anstieg der Arbeitslosigkeit leider auch nicht vor Graz Halt gemacht hat und die aktuellen Zahlen die beruhen auf den Statistikzahlen mit Ende Februar des heurigen Jahres, zeigen leider eines, auf der einen Seite ein dramatischer Anstieg der Arbeitslosen um immerhin plus 8,3 Prozent und auf der anderen Seite geht gleichzeitig das Angebot an offenen Stellen ebenfalls in entsprechender Höhe leider zurück.

So waren mit Ende Februar des heurigen Jahres um 13,1 Prozent weniger an gemeldeten offenen Stellen hier vorgemerkt. In Zahlen ausgedrückt, nicht jetzt in Prozenten und es steckt ja hinter jeder Zahl auch eine Person und leider nicht nur eine, sondern insgesamt waren beim Arbeitsmarktservice Graz 13.680 Personen arbeitssuchend und arbeitslos vorgemerkt. Zusätzlich zu diesen Arbeitssuchenden kamen noch rund 360 Jugendliche, die sich um eine Lehrstelle bemühen und die für so eine Lehrstellensuche auch entsprechend vorgemerkt waren und das ist ja das besonders Tragische, wenn man sich diese Zahlen, die vielleicht am Anfang nicht so dramatisch klingen, 352 Jugendliche in Graz, aber wenn man sich die Entwicklung anschaut gegenüber dem Vorjahr, bedeutet das um ein Drittel mehr, nämlich genau gesagt 34 Prozent mehr Lehrstellensuchende im heurigen Jahr gegenüber dem Februar 2004 und zusätzlich zu diesen genannten Zahlen kommen noch rund 2.000 Männer und Frauen, die in Schulungsmaßnahmen, in Qualifizierungsmaßnahmen

derzeit auf eine adäquate Arbeitsstelle waren und natürlich auch zu den Arbeitslosen zu zählen sind.

Grundsätzlich ist leider eines zu sagen, es ist nicht unbedingt die Arbeitslosigkeit, die eine bestimmte Personengruppe oder bestimmte Berufsträger betrifft, sondern die Arbeitslosigkeit betrifft zur Zeit oder kann jedem Mann, jede Frau betreffen, wobei es hier unter dieser Problematik noch einige besondere schwierige Gruppierungen und Gruppen gibt, wo besondere Dringlichkeit geboten ist beziehungsweise hier eine noch deutlichere Zahl an Vorgemerkten vorherrscht, das sind vor allem junge Menschen zwischen dem 20. und 24. Lebensjahr, das sind auf der anderen Seite unsere älteren Mitbürger in der Stadt über dem 50. Lebensjahr, das sind vor allem auch Behinderte, Ausländer und Landzeitarbeitslose, die speziell von dieser Problematik und der derzeitigen Situation am Arbeitsmarkt besonders betroffen sind.

Auf der anderen Seite, und das ist eben die Dramatik an dieser Situation, sind auch von Experten keine mittelfristigen Entspannungen und Verbesserungen am Arbeitsmarkt zu erwarten. Andererseits die gesetzten Maßnahmen auch seitens der Bundesregierung zeigen nicht den gewünschten Erfolg und die entsprechenden Ergebnisse, und zu guter Letzt wissen wir, glaube ich, alle hier, die wir in diesem Hause sitzen, welche Auswirkungen hier eine Arbeitslosigkeit auf die Gesellschaft hat. Ich glaube, diese Themen sind auch in diesem Hause entsprechend schon oft genannt und diskutiert worden und aus diesem Grund gilt es eben, alle Anstrengungen zu unternehmen und nicht nur auf nationaler Ebene, sondern ganz besonders, und deshalb auch der Grund meines dringlichen Antrages, hier speziell also auch auf lokaler Ebene, alle Beiträge zur Minimierung der Arbeitslosigkeit beziehungsweise der Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten zu setzen.

Abzuwarten und abzusitzen diese Situation und auf bessere Lösungen durch Dritte zu hoffen, ich muss aber dazusagen, ich bin dann bald mit meinem Motivenbericht fertig, das wir dann zur Abstimmung kommen können, wäre der falsche Weg. Aktive Beschäftigungs- und Betriebsansiedlungspolitik ist jetzt dringender denn je gefragt. Und es ist in diesem Zusammenhang, wie gesagt, auch die Stadt Graz gefordert, im Rahmen ihrer, und das wissen wir, wir haben nur begrenzte Möglichkeiten und gewisse Bedingungen nur, die uns hier veranlassen, hier mitzuhelfen, aber es ist

trotzdem notwendig, auch trotz dieser begrenzten Möglichkeiten beschäftigungsfördernde Akzente zu setzen. Wie ich schon gesagt habe, die Möglichkeiten sind zwar begrenzter als andere Institutionen, wie der Bund oder das Land diese haben, was aber nicht heißen soll, und da sind wir auch gefordert, dass Projekte und Maßnahmen der Stadt Graz in allen Ressort auf die beschäftigungspolitischen Auswirkungen hinterfragt werden sollen und auf entsprechende Impulse gerade angesichts der dramatischen Entwicklung am Arbeitsmarkt besonderer Wert gelegt werden müsste.

In diesem Sinne und in Anbetracht dieser Situation, die wir zur Zeit leider auch in unserer Landeshauptstadt vorfinden, stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat der Stadt Graz möge alle neun Stadtsenatsreferenten und -referentinnen beauftragen, bis 12. Mai dieses Jahres einen Bericht darüber vorzulegen,

- a) welche Möglichkeiten sie grundsätzlich in den jeweils in ihrer politischen Verantwortlichkeit befindlichen Ressorts sehen, beschäftigungssichernde und beschäftigungsfördernde Maßnahmen zu setzen,
- b) welche dieser Maßnahmen in den jeweils in ihrer politischen Verantwortung befindlichen Ressorts in dieser Gemeinderatsperiode bereits gesetzt wurden, also ein Blick zurück in die Vergangenheit und letztendlich ein ganzer wesentlicher Punkt natürlich auch,
- c) welche dieser Maßnahmen in diesen entsprechenden Ressorts bis Ende dieses Jahres geplant sind. Das heißt im Klartext, was könnten wir als Stadt Graz, was könnten die einzelnen Stadtsenatsreferenten und –referentinnen hier an Vorschlägen, an Ideen, an Innovation einbringen, um hier eine kleine Mithilfe, Abhilfe, einen kleinen Beitrag zur Minimierung dieser erschreckenden Zahlen an Arbeitslosen, und es sind nicht nur Zahlen, wie ich schon genannt habe, sondern es sind rund 15.000 Grazerinnen und Grazer, die momentan unter dieser

Situation leider keinen Arbeitsplatz zu haben, keine Lehrstelle zu haben, in Schulungen auf einen entsprechenden Beschäftigungsplatz zu warten, um ihnen hier behilflich zu sein (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Kahr**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat Eichberger, meine Damen und Herren! Selbstverständlich werden wir der Dringlichkeit und dem Antrag zustimmen. Wir haben den dringlichen Antrag gestern bekommen, ob es die geeignetste Form ist, um den leider, wie du richtig im Motivenbericht auch geschildert hast, Entwicklung der Beschäftigungslosigkeit von vielen Menschen hier entgegenzuwirken, das traue ich mich zu bezweifeln. Auf jeden Fall kann ich nur für meine Fraktion sagen, dass wir nicht abgewartet oder etwas abgesehen hier haben im Haus, wir haben 1998, ich weiß nicht, ob du das weißt, hier schon einen dringlichen Antrag gestellt, der ist auch einstimmig angenommen worden, es hat eine beschäftigungspolitische Konferenz gegeben, das war auch damals Ziel dieses dringlichen Antrages, diese Konferenz ist durchgeführt worden, es sind Ergebnisse erarbeitet worden und wir hätten uns auch gewünscht und ich weiß das auch, dass das die damalige zuständige Stadträtin Mag. Uray-Frick sich auch gewünscht hat, aber es hat damals eben nicht die entsprechenden Mittel seitens der zuständigen Stadträte gegeben, um diese Ergebnisse auch letztendlich in die Praxis, zumindest in einigen Punkten münden zu lassen. Und damals war aber die budgetäre Situation der Stadt Graz noch etwas besser. Wenn es gelingt, hier einen Schritt weiter zu kommen, dann ist es nur wünschenswert, Tatsache ist aber auch eine und das muss sich dann auch jede Stadsenatsreferentin und Stadsenatsreferent und vor allem der zuständige Personalstadtrat, in dem Fall der Herr Bürgermeister, auch überdenken, dass wir als öffentliche Hand auch Arbeitsgeber sind und wir hier auch nicht restriktiv vorgehen dürfen und das ist zum Beispiel für mich hier eine konkrete Forderung, dass es zu keiner Arbeitsplatzvernichtung, wenn man das salopp sagen soll, auch am öffentlichen Sektor kommen soll. Ganz im Gegenteil, wir sind immer dafür eingetreten, dass es hier zu einem Ausbau, vor allem im Lehrstellenbereich, kommen soll (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Rücker**: Also auch wir stimmen der Dringlichkeit und dem Inhalt des Antrages zu. Ich bin auch sehr froh, dass das wieder zum Thema gemacht wird. Wie ihr euch erinnern könnt, wurden ja im letzten Jahr sicher zwei bis drei Initiativen von uns auch in diese Richtung hier im Haus wurden vorgestellt beziehungsweise eingefordert. Was jetzt danach kommt, wäre natürlich spannend, aus dem die nächsten Schritte abzuleiten, nur eine Förderung an einen Verein zu geben, haben wir damals auch gesagt, ist uns zu wenig. Wir erwarten uns eben auch vor allem eine strukturpolitische Diskussion, wie eben die Stadt als regionale beschäftigungspolitische Verantwortung das auch besser signalisieren kann und das kann eben nicht nur ein Stadtsenatsreferent alleine, sondern das ist etwas, was als Stadtregierung genauso wie vom Gemeinderat getragen werden muss und deswegen wünschen wir uns ganz klare und deutliche Initiativen in diese Richtung, die nicht nur darin liegen müssen, Geld in die Hand zu nehmen, sondern vielleicht auch eben Geld aus der EU hier herzuholen und ganz konkrete Initiativen zu setzen und eben einmal zu schauen, welches Ressort wie den eigenen Verantwortungsbereich definiert, finde ich einen guten ersten Ansatz, wieder in diese Richtung weiterzugehen. Wir unterstützen das natürlich.

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*) ...stimmt die Volkspartei der Dringlichkeit zu.

GRin. Mag. **Uray-Frick**: Wir auch.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf nur ganz kurz, weil ich auch angesprochen worden bin von Frau Klubobfrau Kahr, hier anmerken, dass es durchaus ein Anliegen aller

Stadtsenatsmitglieder ist, in ihren Ressort jeweils zu schauen, dass wir möglichst viele oder für möglichst viel Beschäftigung sorgen. Ich tue das in zwei Abteilungen im Speziellen, wir haben den regionalen Entwicklungsverein, das ist Verein, wo die Stadt Graz mit 57 Umlandgemeinden an arbeitspolitischen Projekten gemeinsam mit AMS und anderen Bereichen arbeitet, da gibt es auch Fördergelder, da wird einiges getan. Was die Situation in der Stadt Graz anbelangt, sind wir trotz Sparpakets nicht abgewichen von der Lehrlings- und Jugendausbildung, von der Behindertenausbildung und wir haben, was das Halten auch unserer Kräfte, die wir aufgenommen haben in den letzten drei Jahren, anbelangt, die haben wir auch behalten, das heißt, die sind nur zeitlich befristet aufgenommen worden, wir haben dieses Jobs aber bislang auch halten können.

StR. Mag. Dr. **Buchmann**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich für diesen Antrag, es ist immer gut, über Arbeit und Wirtschaft zu sprechen, weil es stärkt das Bewusstsein, wenn auch das Interesse von unterschiedlicher Dimension ist, wie man der Anwesenheit auf der Regierungsbank entnehmen kann. Wir haben...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler unverständlich.

Dr. **Buchmann**: Lieber, Wolfgang, wenn du dich angesprochen fühlst, dann trifft es eh den Kern, weil der Finanzreferent hat von all diesen Maßnahmen ein wesentliches Wörtchen auch mitzusprechen. Wir haben eine Wirtschaftsstrategie gemeinsam im Gemeinderat verabschiedet, die darauf abzielt, durch die Entfaltung der Wirtschaft zu Wachstum und zur Wertschöpfung zu kommen. Und ich habe ein persönliche Credo, wo ich immer gesagt habe, die Wirtschaft und die Wissenschaft sind die Innovationstreiber für Wachstum und damit meine ich quantitatives Wachstum, aber auch qualitatives Wachstum und Lebensqualität. Ohne Arbeit und ohne Wirtschaft

werden wir uns viele andere Lebensbereiche, und Graz ist eine Stadt von hoher Lebensqualität, in dieser Dimension in der Zukunft nicht leisten können und aus dieser Überlegung heraus ist dieser Antrag ein wichtiger, auch zu dokumentieren, was die gesamte Stadtregierung in diesem Bereich zu tun gedenkt. Ich habe mir in Vorbereitung dieses Antrages auch herausgesucht, was das Arbeitsmarktservice selbst als Prognose für die nächsten Monate in der Steiermark und in Graz sieht. Und das Arbeitsmarktservice hat in Kenntnis der Daten, die auch dargestellt sind im Antrag für das erste Quartal und im Ausblick für das zweite Quartal, selbst folgende Ausblicke formuliert und ich möchte das zitieren: Simultan zum Nachlassen der außenwirtschaftlichen Impulse, da geht es also um den Außenhandel, der der Konjunkturtreiber im vergangenen Jahr war, wird sich die Binnennachfrage etwas beleben. Im Zuge der Steuerreform werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte zunehmen, allerdings, und das ist der Wehrmutstropfen dabei, werden die Einkommenssteigerungen der privaten Haushalte nicht zur Gänze konsumiert werden. Vor diesem Hintergrund sollte sich die im Laufe des Jahres 2004 einsetzende wirtschaftliche Belebung im Jahr 2005 fortsetzen, das ist ein positiver Ausblick. Das Wachstum wird jedoch nur auf einem durchschnittlichen Niveau verharren und die Zwei-Prozent-Marke kaum überschreiten. Trotz dieser verhaltenen Belebung wird das Wachstum der österreichischen Wirtschaft eine hohe Beschäftigungsintensität besitzen. Im Jahr 2005 werden zahlreiche zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden, also wieder ein positiver Zugang, trotz eines prognostizierten Wirtschaftswachstums von rund zwei Prozent, das nicht überbordernd ist. Gleichzeitig zur Ausweitung des Arbeitsplatzangebotes wird es zu einer ausgeprägten Expansion des Angebotes an Arbeitskräften kommen. Wir haben die historische Situation, und ich bin froh, das auch im Rahmen des Gemeinderates sagen zu können, dass wir noch nie so viele Menschen in Arbeit gehabt habewie zur Zeit. Wenn ich daran denke, das seitdem Waltraud Klasnic Landeshauptmann der Steiermark ist, zusätzlich 50.000 Beschäftigte im Land Steiermark geschaffen worden sind, dann ist das ein sehr erfreuliches Zeichen, es unterscheidet uns das auch vom Rest Österreich (*Applaus ÖVP*), weil wir, was die Arbeitsplatzdaten betrifft, tatsächlich besser liegen als der Österreichdurchschnitt und das sollte uns auch ein wenig stolz machen, als ein Gemeinderat, der im Zentralraum Graz das auch ganz maßgeblich mitgestaltet. Unsere Wirtschaftsstrategie besteht aus fünf Kerngeschäftsfeldern, sie beschäftigt sich mit dem Handel, sie beschäftigt sich mit

dem Tourismus, sie beschäftigt sich mit dem Wissenstransfer, mit der Standortentwicklung und sie beschäftigt sich mit der Bestandspflege der Grazer Unternehmerinnen und Unternehmer, wo wir diesen bei Behördenverfahren und ähnlichen Bereichen tatkräftige Hilfestellung geben wollen. Ich glaube, dass eines dieser Kerngeschäftsfelder, nämlich dort, wo es um die Wissenschaftsförderung und um die Wissenschaftspflege und um den Wissenstransfer geht, ein besonders Augenmerk verdient und ich möchte den Blick des Gemeinderates schärfen für Entwicklungen, die wir haben und die im Zuge der Budgetkonsolidierung des Haushaltes auch eine Rolle spielen. Wir haben es nicht in der Wirtschaftsförderung, wir haben es bei der Wissenschaftsabteilung, das ist die A 16, dort haben wir die Förderungen für die Kompetenzzentren und die Spezialforschungsbereiche. Und ich finde, dass das, was wir in diesem Bereich leisten, nämlich mit 2,2 Millionen Euro an Unterstützung, was wir dort an Impulsen geben, wo wir Wirtschaft unterstützen, wo wir Wissenschaft unterstützen, wo wir dadurch Spinoffs erzielen wollen, wo wir neue Betriebe aus diesen Prozessen heraus unterstützen wollen, dass das ganz wesentliche Beiträge auch sind, wo wir zu neuer Beschäftigung und zu neuer Arbeit in der Stadt kommen können (*Applaus ÖVP*) und ich wäre heute ganz massiv dafür, das auch bei den künftigen Budgets zu berücksichtigen, auch wenn wir eine angespannte Finanzsituation haben, glaube ich, dass wir dort der Rolle als Anstoßgeber, wo wir zu zusätzlicher Beschäftigung kommen können, die größten Chancen haben, dieses Ziel auch zu verfolgen. Ich möchte dem Gemeinderat auch berichten, dass ich gestern eine Runde von Geschäftsführern von städtischen Unternehmen eingeladen habe, mit mir darüber nachzudenken, wie wir diese Wirtschaftsstrategie hinsichtlich der Standortfaktoren und der Qualitäten, die wir in der Wirtschaftsstrategie formuliert haben, weiter entwickeln können, wie wir Doppelgleisigkeiten abbauen können, wie wir diese Ziele umsetzen können, und es waren sehr viel versprechende Gespräche und ich werde mir erlauben, dem Gemeinderat und den Beteiligungsreferenten, wenn das inhaltlich abgestimmt ist, dann auch die entsprechenden Vorschläge zu unterbreiten. Ich glaube, dass wir da auch im Interesse der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze die eine oder andere unterstützende Hilfe geben können. Aktive Wirtschaftspolitik aus meiner Sicht heißt, Möglich-machen und Rahmenbedingungen zu setzen. Ich bin kein Fan davon zu sagen, die öffentliche Hand kann Arbeitsplätze schaffen. Was wir brauchen, sind gesunde Betriebe, die in Rahmenbedingungen arbeiten und die ein Klima vorfinden

und ein Klima spüren, dass sie zusätzliche Beschäftigung geben können. Ich glaube, wir sollten nicht daran denken, alles selbst tun zu können in der Form, dass der Magistrat zusätzliche Mitarbeiter anstellen kann, wir können auch da in diesem Bereich Impulse setzen, was beispielsweise die Lehrlingsausbildung betrifft, aber ich verweise in dem Bereich auch darauf, dass wir im Wirtschaftsressort einige Maßnahmen setzen, was Jugendbeschäftigung betrifft und auch im Wirtschaftsressort hat Jugend einen großen Stellenwert. Ich denke daran, dass wir die ÖBB-Lehrwerkstätte immer noch finanzieren, ich denke daran, dass wir die Jugendbeschäftigungsdrehscheibe PASCH, Kollegin Rücker hat es angesprochen, ins Leben gerufen haben und eben versuchen, Impulse zu setzen und ich denke an unser Lehrlingsimpulsprogramm, das zwar keine zusätzlichen Lehrstellen primär schafft, aber immerhin eine Imageänderung des Lehrberufes bietet dadurch, dass wir jungen Menschen die Chancen geben, auch international ihre Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen zu verbessern. Und es gibt mir dieses Stück die Möglichkeit auf eines auch hinzuweisen, dass wenn es um Rahmenbedingungen geht, wir dann auch sehr offen sagen müssen, dass wir einzelne Maßnahmen, die wir in der Stadt setzen, auch auf ihre Wirkungen untersuchen müssen. Und ich fordere jetzt nicht eine wirtschaftliche Verträglichkeitsprüfung, aber ich sage schon darauf, dass jede Maßnahme, die wir setzen, immer auch Wirkungen mitbringt und immer auch starke Wirkungen auf die Wirtschaft und damit auch Beschäftigung bringt. Wenn wir im Bereich der Wissenschaftsförderung unsere Aufgaben, und das ist nicht eine Aufgabe einer Gemeinde, wir könnten sagen, das interessiert uns nicht, wir unterstützen keine Kompetenzzentren mehr, wir unterstützen keine Spezialforschungsbereiche mehr, wir genehmigen der Fachhochschule Joanneum keine zusätzlichen Studienlehrgänge, dann wäre das eine Entscheidung, wo uns niemand böse sein dürfte. Ich sage nur dazu, wenn wir auf diese Innovationsförderung vergessen und sie bewusst nicht mehr tun, dann würden wir aus meiner Sicht grob fahrlässig uns da Beschäftigungspotentiale nehmen (*Applaus ÖVP*). Das heißt, es wird ganz klar notwendig sein, da ein klares Bekenntnis zu setzen. Wenn der Gemeinderat beschließt, im Zuge der Aufgabenkritik an der Gebührenschaube zu drehen, dann bedeutet das ganz deutlich, dass es damit eine Standortverschlechterung für die Akteure gibt, in dem Fall für die Unternehmen, und dass sie sich überlegen werden, am Wirtschaftsstandort in Graz aktiv zu sein, abzusiedeln oder vielleicht nicht zu expandieren. Wenn davon die Rede ist, dass es

keine Ausnahmen mehr von Anschlussgebühren im Kanalbereich gibt und Ähnliches, so sind das hemmende Aussagen seitens der Stadt Graz, wo wir das kleine Pflänzchen einer wirtschaftlichen Konjunktur damit eher abtöten. Und wenn gar davon die Rede ist, dass wir die Erreichbarkeit der Stadt nehmen, dass wir eine City-Maut einführen wollen, dass wir von autofreien Tagen reden, ich bin keiner, der auf seine Gesundheit nicht achtet und mir ist sehr wohl die Feinstaubproblematik bewusst, nur ich würde sehr, sehr vorsichtig sein, von autofreien Tagen zu reden, weil es hängen immerhin rund 30.000 Beschäftigte im Bereich des Automobilclusters an der Just-in-Time-Logistik und wenn wir es schaffen, ein Klima vorzufinden, dass diese Produktionsstätten nicht mehr arbeiten können, dann werden uns jene Arbeitskräfte sehr rasch verlassen und dann werden jene Zahlen, die heute sehr eindrucksvoll im Antrag auch formuliert sind, leider bei weitem übertroffen werden. Und ich sage dazu, das ist nur eine Facette, aber auch die Diskussion um die Gebührenfreiheit in blauen Zonen am Samstag ist ein Signal für den Handelsstandort Graz (*Applaus ÖVP*) und es ist für mich daher nicht nachvollziehbar, warum wir nicht da zu einem konstruktiven, gemeinsamen Vorgehen kommen können, weil...

Zwischenruf GR. Mag. Candussi unverständlich.

Dr. **Buchmann**: Entschuldigung, es geht in diesem Bereich immerhin um 4.000 Arbeitsplätze, es geht um...

Zwischenruf GRin. Mag. Bauer: Schmälere Perspektive, sondern breit angesetzt.

Dr. **Buchmann**: Schau, ihr habt unterstellt, es ist alles nur wegen der Wirtschaftskammerwahl. Die Wirtschaftskammerwahl ist entschieden, die Unternehmer haben eh festgestellt, was sie wollen und was sie nicht wollen (*Applaus ÖVP*), heute geht es darum, zu sagen, für einen Teil der Wirtschaft wollen wir zum Thema Erreichbarkeit etwas erreichen, es geht um 4.000 Arbeitsplätze und 250 Lehrstellen und wenn es den Betrieben nicht gut geht in der Innenstadt, in den Stadtteilzentren, dann muss man überlegen, durch welche Maßnahmen auch da in diesem Bereich positive Signale setzen kann. Ein Antrag ist die eine Sache, die konkreten Maßnahme ist eine weitere Sache. Wir haben im Arbeitsübereinkommen Impulse formuliert, einer dieser Impulse, ganz genau der Impuls fünf, sagt, wenn es darum geht, die Budgetierung für den Wirtschaftsstandort vorzunehmen als Maßstab für die Höhe der finanziellen Mittel wird ein fixer Prozentsatz der im vorangegangenen Budget eingegangenen Kommunalsteuer angestrebt. Das sind meines Wissens nach rund 80 Millionen Euro. In anderen Städten schaut die Wirtschaftsförderung in der Höhe ein bisschen anders aus als dies in der Stadt Graz ist, das heißt, es wird auch da ein Bekenntnis dann des Gemeinderates eingefordert sein, nicht nur hier jetzt die Stadtsenatsmitglieder zu fragen, was sie jetzt schon tun, sondern dann, wenn wir auch Zukunftsperspektiven eröffnen, zu sagen, wie wir das möglich machen. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. Mag. **Bauer**: Der Herr Stadtrat hat mich jetzt wirklich herausgefordert, dass ich mich auch zu Wort melde und wie man sieht, die Wirtschaftskammerwahl ist vorbei und offensichtlich hat der Landtagswahlkampf begonnen in Ihrer Huldigung auf die Frau Landeshauptmann. Das eine und das andere ist, Herr Stadtrat, ich denke aus Ihrer Wortmeldung haben wir alle gesehen, welche Wertigkeit den Arbeitslosen und diesen Personen gegenüberstellen, Ihnen ist es wichtig, einen gebührenfreien Samstag zu erreichen, anstatt sich mit den Möglichkeiten von 15.000 Personen wirklich auseinander zu setzen. Sie sind auch etwas abgeglitten, und was ich an Ihrem Statement, an Ihrem Beitrag nicht für gut halte für die Stadt Graz ist auch das Krankjammern. Das Krankjammern tut uns in keiner Form gut. Ich fange jetzt an beim Handel. Ich glaube, dass Ihre Perspektive im Handel schlicht und einfach greift, wenn Sie meinen, dass ein gebührenfreier Samstag den Umsatz in die Höhe

katapultieren wird. Der Umsatz wird getragen von der Erreichbarkeit, und die Erreichbarkeit setzt sich aus mehreren Bereichen zusammen. Die Erreichbarkeit ist für die Personen, wie sie in die Stadt kommen mit dem motorisierten Individualverkehr, mit dem öffentlichen Verkehr, als auch die Fußgeher und auch die Radfahrerinnen und Radfahrer. Das Weitere, was für den Handel wesentlich ist, das ist natürlich auch das Angebot und wir wissen, in manchen Bereichen, dass es hier Mängel gibt. Sie haben mich heute auch schon in meiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzende angesprochen,...

Zwischenruf GR. Schönegger: Gelobt.

Mag. **Bauer**: Vielen herzlichen Dank, dass Sie mich erinnern, sehr löblich. ...erwähnt und ich setze mich da wirklich sehr ein, damit diese Gesellschaft auch Wirkung für Graz erzielen kann und ich ersuche Sie, die Gegenstrategie mit dem Krankjammern tunlichst zu unterlassen. Das Nächste: Die Kanalgebühr haben Sie angesprochen, Wirtschaftsförderung besteht nicht nur aus Kanalgebühr, und die Kanalgebühr ist eine Wirtschaftsförderung der Vergangenheit, was Unternehmer und Betriebsansiedelungen heute brauchen, und das hat Herr Stadtrat Riedler diese Woche auch schon angesprochen, ist ein perfektes Service und eine Beratung im Bereich der Betriebsanlagengenehmigung mit dem Behördenverfahren usw., und ich meine hier nicht, dass die Behördenverfahren zu umfassend sind, sie sind vielfach eine Hürde für Unternehmen, weil hier die Beratung fehlt und ich denke, als Stadt Graz kann man natürlich viel dazu beitragen. Ihre Wirtschaftsstrategie zitieren Sie ja schon sehr lange und wir haben sehr viel mitgearbeitet in der Wirtschaftsstrategie, alle Fraktionen haben sich hier eingebracht sehr breit und ihre Ideen. Sie haben die Ideen damals auch aufgenommen und wir sind sehr, Lisa, dass war das Jugendprogramm, das uns sehr am Herzen gelegen ist, das hier auch Jugendbeschäftigung in der Wirtschaftsstrategie mit enthalten ist und ich denke, dass das auch unser Beitrag war, damit die Wirtschaftsstrategie so ausschaut wie sie ausschaut und das ist nicht nur allein Ihr Verdienst. Des Weiteren würde jetzt auch

sagen, wenn ich Ihr Budget anschau und Ihre Stücke anschau, Herr Stadtrat, und die Arbeitsplatzwirksamkeit Ihrer Stücke hinterfrage, es ist eine Förderung, die hinausgeht, aber die Arbeitsplatzwirksamkeit und diesen Effekt würde ich mir wünschen, in Zukunft auch in Ergänzung in den Stücken anzuführen, wo das greifen kann. Sie führen auch an die Kompetenzzentren, wie wichtig sie sind. Ja, sie sind wichtig, aber in der Arbeitsplatzwirksamkeit geht die Förderung vielfach hinaus aus der Stadt Graz, denn die beteiligten Unternehmen, wir haben uns das damals angeschaut, die Unternehmen, die an den Kompetenzzentren beteiligt sind, haben vielfach ihren Platz und ihren Stammsitz nicht in Graz. Also das heißt, in Summe bleibt aus meiner Perspektive von Ihrer Wirtschaftsstrategie für die Beschäftigung sehr wenig übrig und da können wir natürlich ansetzen und das sollte eine Überarbeitung auf jeden Fall erfahren. Abschließend, Sie haben gesagt, na gut, Sie haben mit Ihren Gesellschaften gestern darüber gesprochen, was sie tun können und welche Synergien sie dazu verwenden können. Zum Abschluss: Ich glaube, dass die Synergien nicht nur in Ihrem Ressort, sondern auch gemeinsam mit dem Herrn Stadtrat Riedler durchaus steigerbar sind und ich ersuche Sie, hier zu kooperieren. Danke (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Rücker**: Auch ich habe mich provoziert gefühlt durch die letzte Stellungnahme des Herrn Wirtschaftsstadtrates. Ich werde jetzt nicht mehr viel dazusagen, weil einiges hat die Kollegin Bauer jetzt schon auf den Tisch gelegt, vor allem das Thema Krankjammern in Bezug auf diese Frage, mehr Parkplätze für KundInnen der Innenstadt ist ein Thema, das ich wirklich nicht mehr hören kann. Was ich mir aber wünschen würde von einem Wirtschaftsstadtrat, der ja auch in einer manchmal etwas verschwimmenden Rollenkombination mit der Wirtschaftsbundfunktion ja eigentlich ein Wirtschaftsfachmann sein müsste, würde ich mir endlich einen etwas differenzierten Wirtschaftsbegriff hier herinnen wünschen, weil gerade in der beschäftigungspolitischen Frage ist Wirtschaft nicht gleich Wirtschaft, wenn es um die Schaffung von Arbeitsplätzen geht, und auch die Förderansätze müssen unterschiedliche Unternehmensformen anders behandeln und auch die stadtpolitischen Strategien und da würde ich mir endlich etwas mehr Differenzierung wünschen, denn so wie jetzt verkauft wird, was Wirtschaftsbedürfnisse sind, wissen

wir, dass das eine kleine Gruppe von Lobbys betrifft, die hier ihre Interessen vertreten, die mit ihren Interessen anscheinend sehr gut durchkommen, aber eigentlich diejenigen, die für diese Wirtschaft in dieser Stadt wesentlich sind, das sind die kleinen und die mittleren Unternehmen, da selten damit gemeint sind und da wünsche ich mir endlich eine etwas differenziertere wirtschaftspolitische Diskussion von einem ausgemachten Wirtschaftsfachmann, wie wir immer wieder hören. Also das würde mich einfach einmal wünschen und gerade bei beschäftigungspolitischen Ansätzen gehört das auch dorthin. Zum Thema Innenstadt, und diese Keule, die immer ganz gerne verwendet wird, weil beschäftigungspolitische Fragen und vor allem, wenn so hohe betroffenenmachende Arbeitslosenzahlen da sind, das dann zu verknüpfen mit dem, dass dann wir ja noch dazu beitragen, in dem wir so, wie heißt es. Im Wirtschaftsbandblatt ja es geheißen, wir sind die, ich weiß nicht, du hast einen schönen Begriff gewählt, der immer wieder wiederholt worden ist, also die Verhinderer von allem Leben in dieser Stadt. Mit dieser Strategie darüber zu diskutieren, wie eine Innenstadt gut belebt wird, mit dem Ansatz auch darüber nachzudenken, dass es eben keinen Sinn macht mit großen Parkflächen, weil wir können die Stadt nicht zupflastern mit Parkflächen, diese Diskussion wollen wir führen und das ist unser konstruktiver Beitrag und das ist keine Verhinderungsstrategie und das lassen wir uns nicht immer umhängen und schon gar nicht mit der Keule, ihr seid dann verantwortlich dafür, wenn es keine Arbeitsplätze gibt, das verbiete ich mir (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Potzinger:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Insbesondere geschätzte Frau Kollegin Bauer und liebe Lisa Rücker. Ihr habt mich jetzt herausgefordert als Konsumentin in dieser Stadt und auch als Lobbyistin für die Familien, die am Samstag Vormittag mit Kind und Kegel einkaufen gehen oder einkaufen fahren. Und wenn wir ihnen das Hereinkommen in die Stadt erschweren, dann fahren sie eben in die Einkaufszentren in die Peripherie. Und, liebe Lisa, mir geht es genau auch um die kleinen und mittleren Unternehmerinnen und Unternehmer in der Stadt, so wie dir. Die großen Industrietycoone schaffen nicht die Arbeitsplätze in der Innenstadt, das sind die kleinen und mittleren Betriebe. Ich war gestern bei einer Textilhändlerin in der Franziskanerkirche, heute noch einmal

dort mit meiner lieben Kollegin. Dort gibt es persönliches Service, da wirst du als Kunde persönlich betreut, jahrelang hast du dort die gleichen Leute, die für dich da sind. Sie hat mich dringend gebeten, heute hier zu deponieren, seit Einführung der Parkgebühr am Samstag ist ihr Umsatz um 30 % zurückgegangen. Ich möchte, dass die Arbeitsplätze in der Innenstadt erhalten bleiben, dass die Vielfalt der Betriebe erhalten bleibt und dass die Familien am Samstag-Vormittag einen City-Tag genießen, einkaufen gehen, das Flair, die Kultur der Stadt genießen. Gehen Sie heute auf den Franziskanerplatz, ein einzigartiges Erlebnis für die Kinder, das angeboten wird und werden jetzt nicht darauf beharren, dass die Familien noch dafür zahlen müssen, wenn sie einmal in der Woche mit ihren Kindern einkaufen fahren (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv. **Ferk**: Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Damit wir jetzt nicht vom eigentlich Grundthema, das natürlich vielschichtig ist und auch vielschichtig diskutiert werden kann, abrücken, kommen wir einfach zum eigentlichen Problem. Das eigentliche Problem ist, dass wir in einem der reichsten Länder leben dürfen, aber dass wir auf der anderen Seite eine Arbeitslosigkeit haben, die noch nie so groß war wie in dieser Saison, in diesem Jahr und es müssen auch in diesem Zusammenhang die persönlichen Schicksale im Vordergrund stehen. Wenn nämlich wirklich 352 Jugendliche in der Stadt Graz im Großraum Graz eine Lehrstelle suchen, dann ist das zwar in der Statistik relativ leicht, darüber hinwegzugehen, wenn man sagt, die Wirtschaftsentwicklung ist in Ordnung, Standortsicherung ist wichtig, das hören wir immer. Immer dann, wenn wir über Arbeitsplatzmaßnahmen diskutieren, hören wir sofort die Keule der Standortsicherung. Meine Damen und Herren, es ist halt wohl so, dass auf Grund, sagen wir auch, der Steuerpolitik des Bundes, der Politik der Bundesregierung insgesamt, natürlich heute wir vor einer Situation in den Städten stehen, wo wir an und für sich Jahr für Jahr, und das betrifft nicht nur Graz, sondern alle Städte und Kommunen Österreichs, immer weniger Spielraum bekommen und während wir zum jetzigen Zeitpunkt immer noch Prioritäten diskutieren können, frage ich Sie, wenn das so weitergeht werden wir in drei, vier Jahren überhaupt keine Alternative mehr haben. Nämlich ob wir dann ein öffentliches Bad sperren müssen oder wenn sie so wollen, eine Pflegeeinrichtung,

denn dann muss man beides tun, so ist ja tatsächlich die Entwicklung und weil wir die öffentliche Hand aushöhlen, ist die öffentliche Hand nicht mehr in der Lage, auch Arbeitsplätze anzubieten und das haben wir einer Politik zu verdanken, die in Österreich natürlich auch in eine Richtung geht, die nicht unsere ist, meine Damen und Herren und uns ist der Mensch im Mittelpunkt und der Mensch muss auch in so einer Situation mit entsprechenden konkreten Maßnahmen bedacht werden (*Applaus SPÖ*). Und ich möchte in diesem Zusammenhang, weil wir alle, wie ich weiß, diesen dringlichen Antrag auch annehmen, einen konstruktiven Vorschlag einbringen. Es muss doch möglich sein, trotz der schwierigen Finanzsituation in der Stadt, dass jene Unternehmen des Magistrates Graz, jene die im Eigentum der öffentlichen Hand in der Stadt Graz sind, in die Lage versetzt werden, durch unser Zutun, dass wir zum Beispiel in der Jugendbeschäftigung wiederum eine Maßnahme setzen, nämlich Aufnahme von Lehrlingen, das ist doch das Konkrete, wohin diese Diskussion zu führen hat, meine Damen und Herren. Und ich glaube, dass wir uns einig sind und da sollten wir uns anstrengen, alles andere ist ein Austausch natürlich von auch politischen Werten, Inhalten, das soll so sein, aber ich glaube, der Schwerpunkt muss sein, was können wir tun auf der einen Seite mit wirtschaftsfördernden Maßnahmen und auf der anderen Seite mit arbeitsplatzsichernden Maßnahmen, wo wir durchaus noch politische Verantwortung haben (*Applaus SPÖ*).

GR. Dipl.-Ing. **Linhart**: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich würde Sie bitten, das Ganze ein bisschen psychologisch zu betrachten. Wenn die Parkplätze am Samstag frei wären, stünde nur ein kleiner Teil zur Verfügung, weil der Rest müsste ohnehin in die Tiefgaragen gehen. Und wenn wir als Stadt verhindern, dass die Kunden in die Stadt kommen, dann vernichten wir Arbeitsplätze. Die Stadt selbst kann bestimmt nicht Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Also die so vehement dafür sind, dass weiterhin am Samstag nicht frei geparkt werden kann, würde ich bitten, zusammenzusparen für einen Wegweiser Richtung Seiersberg, dass wir zusammen sagen, und der Feinstaub bitte, der bleibt nicht an der Stadtmauer von Graz stehen, an der Stadtgrenze, der kennt keine Ortstafel und keine Stadtgrenze, der fällt auch genauso an. Wenn wir von der Stadt hinaus nach Seiersberg fahren, haben wir den gleichen Schmutz (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Candussi**: Ich weiß, dass es ein Nebenschauplatz ist, tut mir Leid, aber die Debatte ist nicht von uns eröffnet worden und ich denke, sie gehört geführt. Und man kann die Debatte zum Thema gebührenpflichtiges oder gebührenfreies Parken in der Innenstadt, weil es ist deshalb wichtig, weil es eine symptomatische Geschichte ist. Wir können sagen, ja es geht um soundsoviel tausend Arbeitsplätze oder wir können sagen, es geht um soundsoviel, und das sind auch zigtausend Kinder, ältere Leute, deren Gesundheit bedroht ist durch mehr Verkehr und wir können sagen, auch das könnte das Motiv sein, unsere Gesamtpolitik, und da gehört die Wirtschaftspolitik dazu bestimmten Prämissen unterordnen, die einfach für alle gelten und da ist Gesundheit, glaube ich, wirklich eines der höchsten Güter und das abzuwägen, halte ich für bedenklich. Das ist einmal ein Aspekt, der zweite Aspekt, jetzt heißt es, wir hätten gerne eine produktive Debatte geführt darüber und dann wird die Debatte in der Art geführt, wie sie geführt wurde, das heißt, es kommt eine Partei daher mit einem Vorschlag, eigentlich ziemlich aus dem Blauen heraus, in dem Fall aus dem Schwarzen heraus, hat nicht ins Schwarze getroffen, in dem Fall kann man sagen, hat eher ins Blaue hinein einen Vorschlag gemacht und zwar in einer Art und Weise, wie ich sagen würde, einer Oppositionspartei würde ich es ja noch zugestehen, dass sie sagt, ok, wir machen einen dringlichen Antrag und gehen halt mit wehenden Fahnen unter. Indem Fall war es die Bürgermeisterpartei, die einen Vorschlag einbringt, ohne zu schauen, ob sie eine Mehrheit hat und dann quasi nachher eine beleidigte Leberwurst spielt, wenn das Ganze im Ausschuss nicht durchgeht. Insofern finde ich es von der Politstrategie her schon komisch, es ist eben die Bürgermeisterpartei. Und wenn die Partei, die die Maßnahme mitbeschlossen hat, vor gar nicht allzu langer Zeit sich hinstellt, gemischt, Vertreter der Wirtschaftskammer, Vertreter der Stadtregierung und Leute, wo man es nicht unterscheiden kann, ob sie jetzt Vertreter der Stadtregierung sind oder Vertreter der Wirtschaftskammer, weil man nicht weiß, in welcher Funktion sitzen sie da, die sagen dann, die Abzockerei dieser Stadt muss ein Ende haben und so bezeichnen sie eine Maßnahme, die sie selbst vorher beschlossen haben, dann kenne ich mich irgendwie nicht aus und ich kann es auch keinem Bürger und keiner Bürgerin zutrauen, dass sie sich auskennt, weil sie auch nicht mehr weiß, wer da mit wem wedelt, der Schwanz mit dem Hund oder der Hund mit dem Schwanz. Wäre ich Innenstadtgeschäftsmann und würde ich ein wenig vernetzt denken, dann würde ich die Wirtschaftskammer und manche Wirtschaftspolitiker irgendwie wegen

Geschäftsstörung klagen wollen, denn wenn die seit Wochen den Leuten nichts anderes sagen, liebe Leute, wenn ihr daran denkt, in der Stadt einzukaufen, dann werdet ihr bei uns ein Problem haben, das ihr in Seiersberg oder Webling nicht habt. Dann ist das Geschäftsstörung, weil es den Leuten ein Problem ins Bewusstsein ruft, das so groß nicht ist, wie es von Ihnen getrommelt wird. Ich bin ein begeisterter Innenstadteinkäufer oder Stadteinkäufer, ich kaufe meine Elektrogeräte am Griesplatz, ich kaufe meine Sportgeräte in der Innenstadt, das sind oft sperrige Dinge und ich komme dann drauf, egal, wann ich da in ein großes Einkaufszentrum in der Innenstadt gehe oder woanders hin, komme ich dort an der Kasse drauf, dass mir diese sperrigen Geräte gegen einen lächerlichen Beitrag zugestellt werden, gegen einen lächerlichen Beitrag oder überhaupt gratis, warum wird das nicht beworben? Warum wird nicht beworben, dass ich, und jetzt sage ich Ihnen eines, ich kann ihnen zwei Einkaufserlebnisse gegenüberstellen. Das eine ist, ich fahre mit einem Kinderwagen und zwei kleinen Kindern drinnen oder mit dem Fahrrad in die Stadt und kaufe mir einen Tiefkühlschrank und lasse mir den dann um 15,- Euro nach Haus bringen, das Altgerät abholen, die Verpackung mit etc. und nach dem Einkauf setze ich mich am Franziskanerplatz in ein nettes Kaffeehaus, trinke einen Espresso und habe es wunderschön. Das könnte ich bewerben als Einkaufserlebnis, ich kann das Ganze auch mit dem öffentlichen Verkehr machen oder gegen eine vertretbare Parkgebühr. Das andere Einkaufserlebnis wäre, ich setze mich ins Auto, fahre eine halbe bis eine dreiviertel Stunde durch den Stau nach Seiersberg, suche dort einen Parkplatz auf dem Riesenparkplatz, gehe auf dem Riesenparkplatz gleich weit von meinem Auto bis ins Geschäft wie da durch die ganze Herrengasse, darf dann den Kühlschrank, den ich gekauft habe, dort auf einem Einkaufswagen zum eigenen Auto tragen, einladen, daheim in den zweiten Stock, Verpackung weg, Altgerät weg, das ist das Einkaufserlebnis in Seiersberg und meiner Meinung nach, meiner bescheidenen Meinung nach wäre es die Aufgabe einer Handelsmarketinggesellschaft Graz, für die wir ziemlich viel Geld ausgegeben haben, ein ganzes Jahresbudget vor ein paar Monaten, für ein ganzes Jahr, das für die drei Monate gedauert hat. Und da hat es geheißen, die haben schon so viel vorgearbeitet, die haben Konzepte, alles super, was haben wir gesehen bis jetzt von denen, nichts. Meiner bescheidenen Meinung nach wäre es die Aufgabe der Handelsmarketing genauso wie die Aufgabe der Wirtschaftskammer, zur Stärkung des städtischen Handels vom Griesplatz bis in die Leonhardstraße, nicht nur die

Herrengasse und Co, genau dieses Einkaufserlebnis zu bewerben und den Leuten zu sagen, Leute, wenn ihr zu uns kommt, dann zahlt ihr zwar eine Parkgebühr, aber ihr bekommt dafür dies, dies, dies und ihr müsst nicht einmal mit dem Auto kommen, weil es ist Platz für 70.000 Leute am Hauptplatz, die von der GVB tagtäglich ausgespuckt werden können. Es ist Platz zum Radfahren, wenn es attraktiver wäre, wäre es noch schöner, man kann auch zu Fuß in die Stadt gehen und wenn diese Geschichten beworben würden, dann wäre das auch eine Sicherung der Arbeitsplätze und zwar eine im Sinne einer verträglichen, lebenswerten Stadt und ich würde Sie bitten, das endlich auch einmal, Herr Stadtrat, zur Kenntnis zu nehmen. Danke.

GRin. **Bergmann:** Sehr geehrte Damen und Herren! Also ich wollte mich eigentlich nicht zu Wort melden, aber wenn ich hier diese Debatte verfolge, dann kommt es mir eigentlich ein bisschen hoch. Und zwar, wir reden auf der einen Seite über einen dringlichen Antrag über Beschäftigungspolitik und auf der anderen Seite reden wir über Einkaufen und Parkplätze, über Geldausgeben. Meine Damen und Herren, warum gehen die Geschäfte schlecht in der Stadt, weil die Menschen kein Geld im Geldtascherl haben und das ist einmal das grundlegende Problem. Wir können hier Gratisparkplätze haben, deswegen werden die Menschen in der Stadt in Graz keinen Cent mehr ausgeben, weil sie ihn nicht mehr haben. Und warum sind die Einkaufszentren vor der Stadt voll? Ich kann es Ihnen genau sagen. Haben Sie dort schon einmal die Umsatzstatistiken sich angeschaut, dort fahren die Leute hin aus Freizeitvergnügen, weil die Kinder dort in den Kinderzentren gut aufgehoben sind, weil ich dort flanieren kann, aber sie geben deswegen nicht mehr Geld aus. Und der nächste Punkt, der mir eigentlich ein bisschen aufstoßt, ist die Sache mit dem Handelsmarketing und der Wirtschaftspolitik der Stadt Graz. Gibt es nur Handelsgeschäfte in der Innenstadt? Meine Damen und Herren, wir haben 17 Stadtbezirke und in allen Stadtbezirken gibt es Betriebe. Haben wir keine Gewerbebetriebe? Haben wir keine Dienstleistungsbetriebe? Haben wir keine Gastgewerbebetriebe? Was ist hier mit Förderungen? Ich kenne zufällig selbst viele Gewerbebetriebe, kleine Familienbetriebe, die Arbeit genug haben, aber die sich einen Angestellten einfach nicht leisten können. Hat man sich schon einmal in dieser

Richtung überlegt, wo man hier Förderungen, Einstiegshilfen geben kann als Stadt, damit Arbeitsplätze hier neu geschaffen werden können? Also es fehlen mir einfach einige Dinge grundlegend in dieser Diskussion und ich glaube, wenn wir wirklich interessant über Beschäftigungspolitik sprechen, dann werden wir das Problem der Umsätze in unseren Handelsbetrieben in der Innenstadt auch lösen. Wenn die Menschen wieder Arbeit haben, haben sie Geld und dann können sie Geld ausgeben und können wieder einkaufen gehen. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Slamanig**: Jetzt könnte ich mich nahtlos anschließen an die Kollegin Bergmann. Ich will dieser Diskussion eines entgegenhalten, also Just-in-time-Produktion, Kollege Buchmann, hat nicht unmittelbar also mit der Autozulieferung zu tun, weil das kann auch per Schienenverkehrsweg erfolgen und wird auch so gemacht. Was ich dieser Diskussion noch beifügen möchte, ist folgende Tatsache: 1972 hat Österreich einen nationalisierten Wirtschaftssektor von noch über 50 % gehabt, Banken, verstaatlichte Industrie, Konsum, Finanzwirtschaft zu einem guten Teil, das hat sich natürlich schlagartig geändert, zumal ja 1993 eine EU-Integration erfolgte, wo vieles schon reguliert und dereguliert wurde. Ich gebe zu denken, dass es in unserem System drei markante Daten gibt, die dann letztendlich einen Ausdruck darüber geben, wie Beschäftigungspolitik aussieht oder wie Beschäftigungspolitik erfolgt. 1972 hat es zwei Prozent Arbeitslosigkeit gegeben, ein Wirtschaftswachstum von sechs Prozent und eine Lohnquote von 78 Prozent. 2004 hat sich das völlig verkehrt, wir haben europäisch gesehen zehn Prozent Beschäftigungslosigkeit, knapp 1,5 Prozent Wirtschaftswachstum, aber, meine Damen und Herren, und das gebe ich in diese Diskussion mit, eine Lohnquote von nur mehr 64 Prozent. Jetzt sind natürlich Gewerkschaften einerseits nachgefragt, was habt ihr getan, dass diese Verteilungspolitik so erfolgt ist, in den letzten 20 Jahren, andererseits der öffentlichen Wirtschaft fehlt es an Möglichkeiten, überhaupt in diesen Prozess noch einzugreifen. Wir werden hier herinnen eine Diskussion führen, wie die Stadt Graz Beschäftigungspolitik machen kann, sie kann es nicht mehr, weil ihr die Möglichkeiten fehlen. Also wir können uns da wahrscheinlich über fünf Beschäftigungskonferenzen noch darüber unterhalten, was geschehen könnte, wenn wir uns selbst die Möglichkeit nicht in die Hand geben, das heißt, verteilungspolitisch

dafür zu sorgen, dass wir eine Möglichkeit überhaupt kriegen, hat diese Diskussion überhaupt keinen Sinn, das sind nämlich Klassenfragen und dann endet mein Beitrag (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Edlinger**: Werte Kolleginnen, werte Kollegen! Wenn uns einige der über 15.000 arbeitslosen Personen in Graz, und ich rechne jetzt hier jene, die sich in Schulungsmaßnahmen befinden dazu, zugehört haben in der letzten Dreiviertel-Stunde, dann werden sich doch die meisten gedacht haben, sie sind im falschen Film. So interessant es ist, lieber Hermann, wie du einkaufst in Seiersberg und wie du einkaufst in der Innenstadt, so interessant es ist, liebe Sissi, wie du mit deinen Familien am Samstag in die Innenstadt kommst oder auch nicht. Tatsache ist, dass, wenn wir hier die halbe Zeit der Diskussion über die Frage Gratisparken oder nicht am Samstag-Vormittag diskutieren, dann scheint es mir schon so, dass wir hier uns auf einem sehr, sehr weit entfernten Nebenschauplatz befinden. Denn wenn es wirklich so wäre, dass die Arbeitsplätze im innerstädtischen Handel stehen und fallen mit dem Gratisparken am Samstag-Vormittag, dann müsste man ja eigentlich in logischer Konsequenz weitergehen und generell die Aufhebung der blauen Zonen, weil was am Samstag Vormittag zutrifft, wird ja wahrscheinlich von Montag bis Freitag ganztägig auch den Handel betreffend zutreffen. Aber ich sage jetzt nichts mehr weiter zum Parken, ich hätte nur eine Bitte, dass wir uns einfach von diesen Nebenschauplätzen oder von diesen Schlagwortdiskussionen wegbewegen, wegbewegen auf eine sachliche Ebene, wo wir einfach, was den Arbeitsmarkt und die Beschäftigungspolitik betrifft, tiefer gehende Diskussionen führen und wenn wir von der Schlagwortebene weggehen, dann reicht es eben auch nicht aus, Herr Stadtrat Buchmann, dass Sie hier präsentieren, dass ein Wachstum von an die zwei Prozent zu erwarten ist, weil alle Wirtschaftswissenschaftler in sämtlichen arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Konferenzen, die ich in den letzten Jahren erleben durfte und wo ich teilnehmen durfte, einfach eindrücklich darauf hingewiesen haben, dass eben ein Wirtschaftswachstum von 1,5 bis zwei Prozent nicht mehr ausreicht, um Beschäftigung zu vermehren. Weil einfach Wachstum nicht mehr automatisch zusätzliche Arbeitsplätze bedeutet a) und b) Sie haben darauf hingewiesen und erklärt, Sie haben ja nicht nur gejamert, sondern auch erklärt, wie

gut wir dastehen. Ich meine, ein Zentralraum steht immer besser da als ein Grenzlandbereich, aber wenn Sie hinweisen auf die Zuwächse im Beschäftigungsbereich, dann wünsche ich mir halt in unserer Diskussion auch, dass wir genauer hinschauen, welche zusätzlichen Arbeitsplätze geschaffen worden sind. Sind das Arbeitsplätze, von denen Menschen leben können, oder sind das nicht doch vielmehr einfach Teilzeitjobs, Mac-Jobs, auf alle Fälle Jobs, wo viele nicht mehr davon leben können. Ich bitte Sie eindringlich, hören wir auf mit Nebenschauplätzen, hören wir auf mit Scheindiskussionen, das war auch die Intention des Kollegen Eichberger, warum er diesen Antrag eingebracht hat, es geht darum, dass sich alle Ressortverantwortlichen damit beschäftigen, was ist den im eigenen Handlungsbereich möglich zu tun, was können wir aus eigenen Stücken tun und dass wir dann eine tiefer gehende Diskussion darüber führen können in diesem Haus, im Gemeinderat. Der Termin ist ja auch genannt, bis wann die Berichte vorliegen sollen, aber führen wir auch bitte dann nicht Scheindiskussionen. Was wir brauchen, ist einfach ein Schulterschluss, um wirklich der Arbeitslosigkeit in dieser Stadt, in diesem Land massiv entgegenzutreten zu können (*Applaus SPÖ*).

Bgm. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Jetzt erlauben Sie mir auch eine Wortmeldung zu dem Thema Handel, nachdem ich, glaube ich, der einzige Handelsunternehmer bin, der hier in diesem Gemeinderatssaal jetzt hier anwesend ist und der seit vielen Jahren, fast zwei Jahrzehnten, mittlerweile nicht nur viele Beschäftigte hat, vor allem Frauen beschäftigt, auch sehr viele Frauen, die alleine leben oder nur mit ihren Kindern leben, der darüber hinaus auch seit einigen Jahrzehnten Lehrlingsausbildung betreibt und wo ich auch feststellen muss, es geht immer um Nebenschauplätze, aber wenn man sie zusammenfasst, ergibt es ein Bild. Und in der Stadt Graz bemühen wir uns, unterschiedliche Wirtschaftsbereiche auch so zu fördern und so zu unterstützen, dass sie jeweils die bestmöglichen Bedingungen vorfinden. Und wir haben eben unterschiedlichste Arbeitsplätze, wir haben sie im öffentlichen Bereich und wir dürfen durchaus stolz sein, dass in der Stadt Graz so viele öffentliche Einrichtungen sind, auch einer der größten Dienstgeber, unser Landeskrankenhaus, und vieles mehr, das dürfen wir nicht vergessen. Das ist eine Geschichte, die zweite Geschichte ist, wie geht es insgesamt

dem Handel, wie geht es der Sparte Gastronomie und funktionieren Innenstädte und vor allem 17 Bezirke? Und ich möchte das gar nicht polemisch sehen, aber wir haben vor einem Jahr beschlossen und das habe ich mitgetragen, dass wir einmal überprüfen, wie sich das Parken am Samstag wirklich auswirkt, wenn wir hier wieder die Kurzparkzone einführen. Und wir haben als Gemeinderat auch beschlossen, dass wir genau nach einem Jahr evaluieren, ob die Maßnahme das gebracht hat, weswegen wir sie auch eingeführt haben, weil wir haben sie nicht nur eingeführt, damit wir Geld als Stadt Graz bekommen, sondern wir haben sie eingeführt, damit mehr Kunden hier am Samstag die Möglichkeit bekommen zu parken und das hoffentlich auch angenommen wird. Faktum ist, und da brauche ich Ihnen eigentlich gar keine Statistiken, Zahlen und Befragungen vorlegen, ich kann es auch aus dem eigenen Unternehmen sagen, die Frequenzzahlen im innerstädtischen Bereichen gehen dramatisch zurück und zwar nicht nur, wenn es da herinnen in der Innenstadt schon ist, dann dürfen Sie sich einmal die von Ihnen zitierten anderen 16 Bezirke auch einmal überlegen. Und diese Maßnahme gilt im Übrigen nicht für die Innenstadt, sondern sie gilt für alle Bereiche dieser Stadt und sie hätte am Samstag das möglich gemacht, was in anderen Städten, wie zum Beispiel unserer Bundeshauptstadt, nie diskutiert worden ist, sondern von Haus aus immer frei ist. Der wichtigste Tag für den Handel in Österreich ist der Samstag, weil Gott sei Dank der Sonntag bei uns nicht offen ist. Wer einmal mit offenen Augen nach Italien oder nach Amsterdam gefahren ist und sich das angeschaut hat, was sich am Sonntag dort abspielt, da kann ich Ihnen sagen, werden wir auch da auch über die Grenzen hinweg den einen oder anderen Druck auszuhalten haben. Jetzt komme ich insgesamt zum Thema Handel, Einkaufszentren. Es ist uns in den letzten 20 Jahren leider nicht gelungen, wie in einigen anderen europäischen Städten, dem Wildwuchs von Einkaufszentren am Stadtrand beziehungsweise auch außerhalb unserer Stadt Einhalt zu gebieten. Das heißt, wir bekommen irgendwie dafür auch eine Rechnung präsentiert, dass es in allen Bereichen schwer ist, ich sage es noch einmal, es ist in allen Bereichen schwer, die Kaufkraft reicht im Moment nicht aus für die Flächen, die wir mittlerweile anzubieten haben. Aber es gibt einen ganz, ganz wesentlichen Unterschied zwischen den Flächen draußen und den Flächen herinnen. Die Flächen draußen beschäftigen weniger Lehrlinge, sie beschäftigen weniger Beschäftigte je Betrieb, das muss man sagen und sie beschäftigen auch meistens zu schlechteren Bedingungen. Und wir haben, das sage ich durchaus in die eigene Partei gerichtet,

auf der einen Seite freut man sich über die Marktwirtschaft, auf der anderen Seite hat man vielleicht viel zu spät erkannt, was die Globalisierung wirklich bedeutet, dieses Öffnen, in erster Linie hat es nämlich den Mittelstand betroffen, ich sage es da ganz deutlich, den Mittelstand betroffen, ich habe fast in Graz keine Unternehmerkollegen im mittleren Bereich mehr, die sind uns in den letzten zwei Jahrzehnten leider fürchterlich abhandeln gekommen und was wir heute haben, ist eine Ansammlung von Konzeptionen, eine Ansammlung von großen Ketten, die je nach Standort, solange sie gut sind und die Frequenzen noch da sind, einfach aufmachen oder nicht. Und dein Beispiel mit dem Kühlschrank ist lieb gewählt, aber ich kann dir nur sagen, auch aus eigener Erfahrung, es hat sich halt leider immer so abgespielt und immer stärker abgespielt, dass man zwar sich beraten hat lassen im innerstädtischen Bereich, aber dann doch den Preisvergleich angeschaut hat und draußen gekauft hat. Und wir haben Ungerechtigkeiten, die sind leider da; wie sie gewachsen sind, sei jetzt einmal dahin gestellt. Aber wir haben, wenn du ein Unternehmen hier in dieser Stadt herinnen führst, einige Nachteile, die die Unternehmen auf der grünen Wiese nicht haben und das ist nicht, jetzt kann man sagen, ok, das ist ein Gag vor einer Wirtschaftskammerwahl, alles, was uns da vorgeworfen worden ist. Wir haben mit dem zuständigen Stadtrat Seite an Seite mit den Vertretern der Wirtschaft, die zu uns kommen, die mit uns sprechen und die uns ihre Sorgen sagen, aufgezeigt und den Vorschlag gemacht, nehmen wir bitte diese Maßnahme wieder zurück. Wir haben auch nicht gewertet, wir haben nur gesagt, wir schlagen das vor und es ist ja auch das gute Recht, wenn man noch dazu den Wirtschaftsstadtrat und vor allem auch den Verkehrsstadtrat in unseren Reihen hat, und das haben wir Seite an Seite mit den Menschen getan, die tagtäglich die Steuergelder auch abliefern und ich mache noch einmal darauf aufmerksam, die Situation, und bitte gehen Sie mit offenen Augen nicht nur durch die Herrengasse, sondern gehen sie durch die Sporgasse, gehen Sie über den Jakominipolatz ein paar Meter drüber, schauen Sie in Leonhard, schauen Sie in Lend, schauen sie in Gries, es ist fürchterlich geworden, es ist dramatisch geworden und die Annenstraßenentwicklung wieder umzudrehen, ich weiß nicht, welcher Kraftakt das sein wird, wenn das da herinnen einmal einreißt, dann ist Weltkulturerbe aus meiner Sicht genauso beschädigt, wie wenn wir das eine oder andere Haus da immer wieder diskutiert haben und die Bausünden, die da vielleicht stattfinden. Weil wir haben unsere Weltkulturerbeauszeichnung 1999 dafür bekommen, dass es eine Altstat gibt, auf die wir stolz sind, auf unsere Gebäude,

dass diese auch belebt sind. Und es geht immer mehr in Richtung Gastronomie, das ist dieser Fun, den ganzen Tag über nichts oder wenig Frequenz, kaum einer noch, der ein Sackerl hat, und am Abend, oder wenn einmal ein schönes Wetter ist, dann geht die Gastronomie über, das ist dann ein tolles Flair, dann haben wir eh die Probleme, dass das immer lauter und immer mehr wird, sodass viele dann auch ausziehen und so passt der gesamte Mix nicht mehr. Ich bin auch der Meinung, dass unsere Handelsmarketinggesellschaft ganz, ganz dringend und wichtig nicht nur das Werbekonzept verbessern muss und das hinausposaunen muss, es ist auch ganz, ganz wichtig, dass dieses Handelsmarketing Aktionismus wieder setzt in den einzelnen Straßen. Das fehlt uns nämlich in letzter Zeit total, seitdem die Innenstadtinitiative durch den Bauchfleck verschwunden ist und auch in anderen Aktionsgemeinschaften immer weniger Bereitschaft da ist, noch mitzutun, weil sie es vielleicht auch zeitlich gar nicht mehr können. Meine Bitte ist nur, dass wir ernsthaft noch einmal darüber nachdenken, weil es nachweisbar ist, dass, seitdem wir diese Samstagregelung eingeführt haben, es am Samstag anscheinend rein psychologisch bedingt, das ist das, was Kollege Linhart gemeint hat, die Menschen auswählen, wo fahren wir hin. Man kann es so schmackhaft machen oder so auch, aber ich glaube, andere Städte beweisen es, dass man es tun kann und glauben Sie mir, die Unternehmen, die in diesen gewachsenen Bezirken sind und das geht dann weiter bis zu den Gewerbetreibenden, bis zu den Familien, wo der Schuster noch drinnen steht und selber mit der Familie macht usw., die haben uns auch alle angebettelt, könnt ihr das nicht wieder aufheben, weil es macht leider noch nicht so klick, wie man sich das wünschen würde. Und darum würde ich Sie ersuchen, dass wir da ernsthaft auch noch einmal drüber diskutieren. Der Vorschlag, den der Gemeinderat Eichberger macht, ist nur zu unterstützen, ich glaube jede Maßnahme, jeder neuerliche Anstoß, den wir da nehmen, ist gut, aber ich bitte auch, weil Walter Ferk das gesagt hat und ein bisschen einen Seitenhieb in Richtung Bundespolitik abgegeben hat. Wenn der Kollege Slamanig mitteilt, dass sich seit den 70-er Jahren sich Dramatisches geändert hat, nicht nur in Österreich, sondern auf der ganzen Welt und im Speziellen in Europa und er heute sagt, dass es in Europa eine Arbeitslosigkeit von zehn Prozent gibt, dann dürfen wir durchaus stolz sein, dass wir auch in den meisten deutschen Fernsehsendungen nichts anderes mehr hören, als die Österreicher machen es viel gescheiter und viel besser als wir und was können wir im Moment von denen lernen und da haben wir durchaus nicht diese zehn

Prozent Arbeitslosenwerte, die wir haben, sondern da liegen wir besser. Wie haben auch so viele Jobs wie noch nie, zugegebenermaßen werden diese Jobs aber auch immer unterschiedlicher, mir gefällt diese Entwicklung auch nicht, das wollte ich noch anfügen und ich bitte wirklich, die Probleme des Handels, die wir da in allen gewachsenen Stadtbezirken haben, wirklich ernst zu nehmen und darüber nachzudenken, ob wir auch mit dem Parken vielleicht noch einmal eine Aktion starten können (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder**: Auch wenn die Kollegin Edlinger meint, das sei ein Nebenschauplatz, aber der Nebenschauplatz ist halt einmal ein ganz wichtiger geworden. Herr Bürgermeister, es ist beschlossen worden, dass es eine Evaluierung gibt zu den blauen Zonen, Sie werden aber sicher mit mir übereinstimmen, dass eine Wirtschaftskammerwahl keine Evaluierung ist. Und Sie können hundert Mal und auch Ihre Freunde können hundert Mal behaupten, dass der Niedergang der Innenstadtwirtschaft mit den blauen Zonen zusammenhängt. Diese Behauptung wird um nichts wahrer, es gibt diese Evaluierung nicht und das ist eine Drama. Ich habe dem eigentlich fast nichts hinzuzufügen, was die Ina Bergmann gesagt hat, das ist es nämlich und Sie haben sich wieder elegant hinweggeschwindelt über das, was da eigentlich an substantziellen Dingen gesagt wurde und das ist etwas, was uns schon sehr aufregt, dass wenn es wirklich in die Tiefe geht in der Argumentation, dass dann plötzlich wie ein Gesetz, wie eine Gesetzmäßigkeit, kommen dann immer und ewig dieselben Floskeln. Zum Beispiel das mit den blauen Zonen. Ich beobachte, dass es Kaufhäuser gibt, die sehr wohl funktionieren in unserer Stadt, wo die Leute jeden Tag einkaufen gehen und zwar nicht wenige, das sind die Asiengeschäfte, diese Handelsketten, das sind die türkischen Kleingeschäfte, ich gehe auch schon dort einkaufen, die haben gute Ware und günstige Ware,...

Zwischenruf GR. Dipl.-Ing. Linhart unverständlich.

GRin. **Binder**: Ja Herr Linhart, Sie können schon abfällig lachen darüber, aber die Menschen, wenn das Geldtaschl immer leerer wird, gehen die Menschen dorthin einkaufen und nicht zu Kastner und Öhler oder sonst irgendwo, denn dort können wir, und ich beziehe mich da durchaus mitein, die Dinge kaum mehr leisten. Boutiquen sind für Sie von der ÖVP möglicherweise leistbar, für viele andere nicht und von wegen Arbeitsplätze ist eigentlich auch alles gesagt worden von der Kollegin Bergmann, es gibt nicht nur die Innenstadtgeschäfte. Auf der anderen Seite ist es aber gerade auch die ÖVP oder auch diese Stadtregierung, die durchaus die Politik der Einkaufszentren am Stadtrand begünstigt, ich sitze immer wieder in Gemeinderatssitzungen, wo wieder ein Einkaufszentrum genehmigt wird. Also nicht in Seiersberg, Herr Kollege, sehr wohl am Stadtrand unserer Stadt und zwar in unserer Stadt, bitteschön machen Sie das Ihren Kolleginnen und Kollegen, denen es offenbar so schlecht geht und die immer mehr zusperren müssen, einmal klar, dass Sie hier in dieser Stube eigentlich Einkaufszentren genauso befürworten. Also da müssen Sie schon auch ehrlich genug sein, oder reden Sie, es ist ja Ihre Klientel, reden Sie mit jenen, die die hohen Mieten verlangen, wo kleine Geschäfte dann nicht mehr mitkommen, weil sie die Mieten nicht mehr bezahlen können. Also irgendwie ist das eine ungeheure Doppelbödigkeit und noch dazu Oberflächlichkeit, mit der hier die ÖVP argumentiert.

GRin. Mag. **Bauer**: Ich möchte noch zwei Dinge bitte sagen. Das eine ist und das ist uns auch klar, dass die Stadt Graz durch die Wirtschaftspolitik des Herrn Wirtschaftsstadtrates auf zwei wichtige Branchen setzt. Die eine ist der Handel, das wissen wir, das ist wichtig und die zweite ist der Tourismus, ist auch wichtig. Nur etwas muss uns auch klar sein, dass nämlich beide Branchen, der Handel ist gekennzeichnet durch größere Inanspruchnahme von Flächen und gleichzeitig damit verbunden geht die Beschäftigung im Handel zurück. Das ist etwas, was feststellbar ist und auch nachweisbar ist, wir können das auch aus den Grazer Beschäftigungsdaten ablesen. Auch im Tourismus ein Beispiel. Im Jahr 2003, Sie wissen, das war das beste Tourismusjahr, das wir hatten, wodurch war dieses Jahr gekennzeichnet? Durch sinkende Beschäftigungszahlen im Tourismusbereich. Das heißt, dass es die wesentlichen Punkte, die wesentlichen Bereiche, die durch die

Wirtschaftspolitik angesprochen werden, sind durch sinkende Beschäftigungszahlen gekennzeichnet. Das Zweite: Herr Stadtrat ich habe heute das Jammern schon angeführt und ich orte jetzt noch etwas Schlimmes. Das Handelsmarketing wurde heute ein paar Mal angesprochen und ich bitte Sie um Unterstützung und ersuche sie auch hier die Ärmel hochzukrempeln und wir hatten eine Pressekonferenz in der vorigen Woche und in der vorigen Woche, Sie waren ja auch dabei, auch der Herr Stadtrat Riedler, wurde vom Herrn Geschäftsführer ein Konzept präsentiert, wie mit dem Parken umgegangen werden kann. Das heißt, dass das Parken auch, in der Presseunterlage steht auch kostenloses Parken drinnen, Sie haben es ja auch erhalten und dieses Parken kann mit dem Graz-Bonus damit verbunden werden. Ich glaube, dass in diesem Bereich der Herr Geschäftsführer schon sehr, sehr gut unterwegs ist und es gibt hier zwei Knackpunkte, ob das funktioniert oder nicht funktioniert. Das erste ist: Ob die Handelsunternehmen mitmachen, und da ist jede Unterstützung notwendig auch seitens des Herrn Wirtschaftsstadtrate das Zweite ist, auch die Information an die Kundinnen und Kunden, und da sind natürlich wir alle gefordert, aber auch der Herr Wirtschaftsstadtrat, die Information weiterzutragen. Also bitte unterlaufen Sie nicht durch diese Aktionen Samstagparken durch schlechte Verkehrsanbindung, nicht nur das Krankzujammern, sondern auch die Gesellschaft, die Sie wollten, die Sie vehement eingefordert haben, mit immensen Startschwierigkeiten zu verbinden, so dass es fast nicht funktionieren kann (*Applaus SPÖ*).

StR. Mag. Dr. **Buchmann**: Eine Diskussion, die mir zeigt, warum die Unternehmer sich bei der Wirtschaftskammerwahl zu 74 Prozent bei der Volkspartei wohlfühlen (*Applaus ÖVP*), zu zehn Prozent bei der Sozialdemokratie, zu vier Prozent bei den Grünen und zu null Prozent bei den Kommunisten. Ich bitte schon meine Wortmeldung auch so zu sehen, dass ich verschiedenste Bereiche, wo die Stadt Graz zur Beschäftigung beitragen kann, angesprochen habe und ich habe ein paar Mängel angesprochen, wo wir Defizite haben und wo wir aus meiner Sicht etwas tun sollten, beziehungsweise wo wir vorsichtig an den Schrauben drehen sollen, wenn wir auch bei der Aufgabenkritik Maßnahmen verändern oder Maßnahmen nicht mehr setzen, wie wir sie in der Vergangenheit getan haben. Ich finde es sehr bedauerlich,

dass in den Wortmeldungen nur auf eine Facette eingegangen worden ist, das ist das Thema der Erreichbarkeit bei einem der Kerngeschäftsfelder der Handelsstrategie. Offenkundig habe ich mit meiner Wortmeldung dort in ein Wespennest gestochen und es gibt so etwas wie ein schlechtes Gewissen Einzelner, die sich jetzt da zu Wort gemeldet haben, dass sie bei diesem Thema sofort njet gesagt haben (*Applaus ÖVP*) und nicht darüber nachgedacht haben, ob man tatsächlich etwas tun sollte. Und ich bitte sehr bei dieser politischen Diskussion Folgendes zu beachten und es ist aus der Organisationspsychologie heraus bekannt: Es gibt so etwas wie Hygienefaktoren und es gibt so etwas wie Motivatoren. Und die Handelsmarketinggesellschaft, weil die Kollegin Bauer das jetzt angesprochen hat, ist im Bereich des Marketings in der Motivation von Menschen, gewisse Verhalten einzunehmen, tätig. Aber man kann Menschen nur dann motivieren ein gewisses Verhalten einzunehmen, sei es, dass sie dann bei Modellsplit eine gewisse Bewegungsart einnehmen, wenn die Hygienefaktoren klar sind. Und dort, wo die Hygienefaktoren nicht gegeben sind, wird immer auf diesen Missständen und auf diesen Mängeln herumgeritten werden und werden die Leute sagen, warum sie ein gewisses Verhalten nicht einnehmen. Und das ist ein Grund zum Beispiel beim Handel, und das ist nur eine unserer Kernwirtschaftsstrategien, wo wir einen solchen Hygienefaktor haben beim Einkaufen an den Samstagen und warum wir gesagt haben, wir wollen diese Gebührenpflicht in blauen Zonen am Samstag weghaben. Und wenn Sie der Meinung sind, dass wir diesen Hygienefaktor erledigen sollten, dann würde ich Sie sehr bitten, noch einmal darüber nachzudenken, dass man das tut, weil würde man Ihrer Argumentation folgen, dann wären ja diese Mängel behoben und die Wirtschaft hätte ohnedies keinen Grund mehr dann zu jammern. Also diesen Beweis würde ich dann gerne erbringen. Und ich möchte auf einen Punkt noch einmal stark eingehen, weil das hat in der Diskussion niemand angesprochen und das ist einer, der mir als Wissenschaftsreferent ganz, ganz wesentlich ist. Wir sind ein Bildungs- und ein Wissenschaftsstandort und ich bitte den Gemeinderat wirklich, weil ich bin überzeugt davon, dass wir nur dort, wo es um die hellen Köpfe geht, in Zukunft auch zusätzliche Arbeit schaffen können beziehungsweise neue Betriebstypen und neue Produktionen anstoßen und andenken können, dass wir im Bereich der Wissenschaftsförderung bei den Kompetenzzentren, bei den Spezialforschungsbereichen, bei dem aktiven Wissenstransfer, dass wir dort ganz, ganz stark einsteigen und dass wir

insbesondere unserer FH Joanneum auch die Chancen geben, bei neuen Studiengängen weiter aktiv zu sein, weil dort können wir Arbeit schaffen, dort können wir Leute durch Spinoffs ermöglichen, dass sie selbständig werden und wenn sie selbständig sind, werden sie zumeist auch weitere Mitarbeiter beschäftigen. Und das ist eine umfassende Wirtschaftsstrategie (*Applaus ÖVP*). Die Erreichbarkeit im Handel ist eine Facette einer umfassenden Wirtschaftsstrategie, wo wir aus meiner Sicht ein Defizit haben, was wir relativ leicht bereinigen könnten und der Bürgermeister hat es angeschnitten, Wien hat das gar nie getan, Salzburg beispielsweise hat auch keine Gebührenpflicht in blauen Zonen, ich bin daher durchaus überzeugt, dass wir in Graz diesem...

Zwischenrufe unverständlich.

Dr. **Buchmann**: Also darf ich jetzt schon bitte damit einmal mit dieser Mär aufräumen, es war unser Vorschlag, das einzuführen. Die Volkspartei hat sich bekannt, dazu zu sagen, wir gehen mit bei der Erweiterung der blauen Zonen, auch bei der zeitlichen Ausdehnung der blauen Zonen, bei der Wiedereinführung der gebührenpflichtigen blauen Zonen an Samstagen unter der Voraussetzung, wir evaluieren das....

Zwischenruf GRin. Binder: Ist nicht evaluiert worden.

Dr. **Buchmann**: Also das stimmt da nicht bitte. Frau Gemeinderätin Binder, jetzt können Sie alles anzweifeln, was die Wirtschaftskammer an Umfragen gemacht hat, aber das bitte ordnungsgemäß vom...

Zwischenruf GRin. Binder unverständlich.

Dr. **Buchmann**: Nein, jetzt will ich ja gerade versuchen zu beantworten, Frau Gemeinderätin Binder. Es hat der Verkehrsstadtrat eine sehr gründliche Evaluierung vorgenommen und da bitte ich Sie schon, er ist jetzt nicht da und kann das auch nicht sagen, aber aus meinem Gesichtspunkt hat er das sehr gewissenhaft gemacht und es ist auch im Stück, das gestern abgelehnt worden ist.

Zwischenrufe unverständlich.

Dr. **Buchmann**: Ich würde trotzdem gerne sagen, wir haben uns damals zu einer Lenkungsmaßnahme verstanden, weil wir gewisse Wirkungen erzielen wollten und wenn eine Lenkungsmaßnahme eine gewisse Wirkung nicht bringt, dann muss man auch den Mut haben zu sagen, man nimmt diese Maßnahme wieder zurück, weil die Wirkungszusammenhänge haben nicht den Erfolg gebracht, den man sich erwartet hat (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GRin. Binder: Aus Ihrer Sicht.

GR. **Eichberger**: Es hat mich da natürlich jetzt eineinhalb Stunden fast daneben gerissen und ich wollte mich immer wieder zu Wort melden, habe Gott sei Dank jetzt die Möglichkeit auch noch, das eine oder andere zu ergänzen. Zum einen freut es mich, dass unser Antrag dazu geführt hat, einmal zum Thema Arbeit, Wirtschaft, Arbeitslosigkeit, Beschäftigungspolitik einmal zu diskutieren in diesem Haus, wobei

es sehr unterschiedlich war, das ist das Erfreuliche auf der einen Seite, auf der anderen Seite habe ich mir gedacht, dass diese Zahlen, die ich heute gebracht habe, nämlich 15.000 Arbeitslose in der Stadt Graz und ungefähr 55.000 Arbeitslose in der Steiermark, eher betroffen machen. Betroffen bin ich jetzt nach dieser Diskussion, wie diese Diskussion zum Teil gelaufen ist, mit welchen Ablenkungsmanövern hier versucht wird, dies nicht so ernst zu nehmen, wie ich mir das gedacht habe und einige haben es heute schon gesagt, es wäre nur zu hoffen, dass hier keiner der 15.000 Arbeitslosen in diesem Raum ist und ich möchte nicht wissen, wie es in Zukunft ausschaut. Wir werden uns überlegen müssen, ob wir da oder dort zusätzliche Vinzimärkte aufmachen, wo Leute günstig einkaufen können, weil der Großteil wird sich das normale Einkaufen, wenn es so weitergeht, in Bezug auf Einkommenssituation, Arbeitslosensituation nicht mehr leisten können, das ist das eine, und das andere, was die Ablenkungsmanöver betrifft jetzt vor allem, und hier auch noch ein Wort, weil ich gestern in diesem Ausschuss war, weil ich auch Mitglied dieses Verkehrsausschusses war, ein Wort zu dieser Gebührenpflicht oder zu dieser Gebührenfreiheit an Samstagen in den blauen Zonen. Zum einen, diese Evaluierung stand zumindest im Bericht, mag sein, dass mehr dahintersteckt, dann hat man uns vielleicht den falschen Bericht geliefert. Dieser Evaluierungsbericht bestand aus lediglich vier Zahlen, wo irgendwelche Straßen untersucht wurden vor einigen Monaten und jetzt, und das Nächste war, der weitere wesentliche Inhalt war, dass 100 Gewerbetreibende befragt wurden telefonisch, ob sie die Gebührenfreiheit am Samstag haben möchten und bitte sind Sie mir nicht böse, hier zu diesem Ergebnis zu kommen, dass von 100 vielleicht 92 sagen, sie hätten gerne eine Gebührenbefreiung am Samstag in den blauen Zonen ist eine Na-ja-Frage, die, glaube ich, keines Kommentars bedarf. Und eines schon auch noch und das wurde übersehen oder wird vielleicht nicht so in Bezug genommen auf diese Gebührenpflicht. Es gibt ja seit einiger Zeit einen Geschäftsführer, Mag. Schnedlitz, immerhin Geschäftsführer der Handelsemarketinggesellschaft und hier ein interessantes Erlebnis nebenbei oder eine Episode, die aber auf Wahrheit beruht und wo es auch Zeugen gibt, dass gerade dieser Fachmann, dieser Experte, und ich nehme ja nicht an, dass irgendjemand in diesem Haus eine gewisse politische Nähe dieses Geschäftsführers zur SPÖ herstellen will, dass dieser Geschäftsführer der Handelsmarketinggesellschaft erst jea, also nicht irgendwo bei einem Geheimgespräch selber Gewerbetreibenden und Handelsunternehmungen gesagt hat, die

Zurücknahme der Gebührenpflicht würde wirtschaftspolitisch null Auswirkungen haben. Also bitte, wenn der Geschäftsführer dieser Handelsmarketinggesellschaft, Ihr Mann in der Wirtschaft, im Handel, selber sagt, das bringt nichts, dann verstehe ich nicht, warum man hier einfach herumreitet auf dieser Sache der Rücknahme und zum anderen ist es so, den Erfolg hatten Sie schon insofern, dass es genügend Inserate, Fotos gegeben hat, wo diese Zurücknahme propagiert wurde, in dem Sinn lassen wir dieses Thema sein, das ist das eine. Und das Zweite, weil es heute der Herr Bürgermeister erwähnt hat, und hier möchte ich schon um eine gewisse Klarstellung bitten, nachdem ich auch zu einem Franchise-Nehmer doch ein gewisses Naheverhältnis habe, ich kann ihn nennen, den Herrn Kommerzialrat Hehsen, der immerhin hier Franchisen-Nehmer in unserer Stadt ist und hunderte Beschäfte auch hat, das nicht jeder Franchisen-Nehmer zum Nachteil in dieser Stadt gerät und auch hier Franchisennehmer, egal ob das andere Unternehmungen sind oder McDonalds-Ketten sind, auch hier einen wesentlich Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen in unserer Stadt beitragen (*Applaus SPÖ*). Und zu guter Letzt und dann bin ich am Ende, aber es hat mich herausgefordert natürlich die Euphorie des Herrn Stadtrat Dr. Buchmann, wenn er hier ausgeholt hat und hier das Positive an der Arbeits- und Wirtschaftspolitik der Frau Landeshauptfrau hier kundgetan hat, wobei ich mich jetzt frage, welche Landeshauptfrau er meint, meinte der jetzt die Gabi Burgstaller, die in Salzburg eine Arbeitslosenrat hat von sechs Prozent, Ende Februar, oder meint er die Frau Landeshauptmann Klasnic, wo wir in der Steiermark eine Arbeitslosenrate von 9,9 % haben, und liebe Kolleginnen und Kollegen,...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Sie vergessen die EU-Entwicklung der letzten Jahre.

GR. **Eichberger:** ...9,9 % in der Steiermark, und hier von einer erfolgreichen Arbeitsmarktpolitik und einer Wirtschaftspolitik zu reden, finde ich, ist schon ein sehr starkes Stück. Wenn jeder zehnte Steirer in diesem Lande, der erwerbstätig sein könnte, arbeitslos ist, dann von einer erfolgreichen Politik zu sprechen, dann ist das

schon ein starkes Stück und auch im Vergleich zu den Zahlen der Bundesregierung und des Bundesgebietes, hier in Österreich ist die Arbeitslosenrate 8,9 % und in der Steiermark ist sie 9,9 % und eines auch, um das noch zu verstärken und zu dokumentieren: Die Steiermark hat die vierschlechtesten Arbeitslosenzahlen, wir liegen, wie gesagt, hier im Spitzenfeld, was die Höhe der Arbeitslosigkeit betrifft und hier in diesem Haus dann hier an das Rednerpult zu treten und hier diese Politik zu verteidigen,...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Aber die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen ist bei uns hervorragend.

GR. **Eichberger:** ...wenn wir 55.000 Arbeitslose haben und das dann festzumachen an ein paar Parkplätzen in der Innenstadt, also hier gehört für einen Wirtschaftsstadtrat schon wirklich ein hohe Maß an Überschätzung oder dergleichen dazu, einfach hier zu argumentieren und das wirklich nur durch eine rosarote Brille zu sehen. In diesem Sinn hoffe ich, dass unser Antrag und mein Antrag, der jetzt zur Abstimmung gebracht wird, als Signal wirklich verstanden wird, als Signal von 56 Gemeinderätinnen und Gemeinderäten, die das Schicksal und die weiteren Beschäftigungsmöglichkeiten für 15.000 Grazern ernst nehmen, bitte beginnen wird nicht morgen, sondern heute mit wirklichen Maßnahmen in Bezug auf Beschäftigungspolitik, auf Ansiedlungspolitik und versuchen wir, dass diese horrenden Zahlen sich nach unten bewegen. Danke (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8) Pflegegeld

GRin. Dr. **Sprachmann** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Dr. **Sprachmann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, mein Antrag jetzt, der wird nicht so viel Emotionen hervorbringen wie der Antrag von meinem Vorredner und Kollegen. Es geht eben um das Pflegegeld und es ist eigentlich eine sehr ernste Angelegenheit auch. Das Bundes- und das Landespflegegeldgesetz sehen einheitliche Einstufungen für die Beurteilung des Pflegebedarfs vor.

Dementsprechend haben Anspruch auf Pflegegeld der

Stufe 1: Personen mit einem durchschnittlichen Pflegebedarf von mehr als 50 Stunden,

Stufe 2: Personen mit einem durchschnittlichen Pflegebedarf von mehr als 75 Stunden,

Stufe 3: Personen mit einem durchschnittlichen Pflegebedarf von mehr als 120 Stunden,

Stufe 4: Personen mit einem durchschnittlichen Pflegebedarf von mehr als 160 Stunden,

Stufe 5: Personen mit einem durchschnittlichen Pflegebedarf von mehr als 180 Stunden,

Stufe 6: Personen mit einem durchschnittlichen Pflegebedarf von mehr als 180 Stunden, allerdings unter erschwerten Bedingungen.

Während für die große Anzahl der PflegegeldbezieherInnen, also Bundes- und LandespflegegeldezieherInnen, diese Einstufungskriterien ihre Gültigkeit haben, sind demgegenüber PflegegeldbezieherInnen des Magistrates Graz benachteiligt, da betreffend die Einstufung noch keine Adaptierung durch den Landesgesetzgeber erfolgt ist. Das heißt, für die PflegegeldbezieherInnen des Magistrates kommt nach wie vor das Landesgesetz vom 22. 10. 1996, Nr. 7/1997, in Verbindung mit den Bestimmungen des Bundespflegegeldgesetzes, BGBl. 110/1993, in der Fassung des Bundesgesetzblattes 201/1996 zur Anwendung, sodass, und jetzt kommt es

eigentlich zur Sache, beispielsweise für die Gewährung von Pflegegeld der Stufe 4 ein monatlicher Pflegebedarf von mehr als 180 Stunden, für die PflegegeldbezieherInnen des Magistrates Graz notwendig sind; nach dem Landes- und Bundespflegegeldgesetz wäre das bereits die Stufe 5 und 6. Wenn man jetzt diesen Unterschied auf finanzieller Ebene betrachtet, so erhalten Magistratsbedienstete, die eben ein Pflegegeld beziehen, momentan mit der Pflegegeldstufe 4 Euro 632,70, Nicht-Magistratsbedienstete mit dem gleichen Bedarf an Pflege Euro 859,30.

Es handelt sich hierbei einfach um eine Ungleichbehandlungen der PflegegeldbezieherInnen des Magistrates, die auf Dauer nicht mehr haltbar ist. Ich habe auch mit der Personalvertretung gesprochen, die Personalvertretung unterstützt diesen Antrag voll und generell, wir sind in der Steiermark laut Auskunft vom Land die einzige Gemeinde oder eben Magistrat, die noch keine Adaptierung vorgenommen hat.

Ich stelle daher namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

folgende Petition an die Landesregierung zu beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert; eine landesrechtliche Änderung in die Richtung vorzunehmen, dass die Anspruchsvoraussetzungen für den Bezug des Pflegegeldes, wie es das Bundes- und Landespflegegeldgesetz vorsieht, auch für die PflegegeldbezieherInnen des Magistrates Graz ihre Anwendungen finden. Ich ersuche um Zustimmung des Antrages (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl** zur Dringlichkeit: Wünscht jemand zur Dringlichkeit das Wort? Wenn das nicht der Fall ist, darf ich das namens der ÖVP-Fraktion gleich tun. Wir werden bei der Dringlichkeit und beim Inhalt mitgehen, möchte da aber nur anmerken, weil wir auch Erkundigungen schon eingeholt haben, die Frau Landeshauptmann und die

zuständigen Abteilungen des Landes haben ja einen Entwurf schon fertig, der demnächst auch eingebracht werden soll, das heißt, dass diese Ungleichbehandlung, die nicht nur für die Stadt Graz, sondern für die ganze Steiermark oder für die Gemeinden der ganzen Steiermark derzeit Gültigkeit hat, und uns in weiterer Folge wahrscheinlich auch als Stadt wieder Geld kosten wird, dieser Entwurf soll fertig sein und demnächst im Ausschuss behandelt werden.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.